Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechanschlüsse: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postanstalten viertelj. 18.90 Mk., monatl. 6.30 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die 8gespaltene Nonpareillezeile 1.00 Mk., im Reklameteil Zeile 3.50 Mk. Vereinskalender Zeile 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postscheckkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 127. Magdeburg, Freitag den 3. Juni 1921. 32. Jahrgang.

Das Damaskus der Unabhängigen

Die programmatische Erklärung, die der Reichskanzler Dr. Wirth am Mittwoch im Reichstag namens der neuen Regierung abgab und die unsre Leser im Reichstagsbericht finden, konnte naturgemäß nichts andres sein als das Ergebnis eines Meinungsausgleichs im Kabinett zwischen den Sozialdemokraten und einem Teile der bürgerlichen Minister auf der einen Seite und den übrigen bürgerlichen Ministern auf der andern. Es liegt ebenso in der Natur der Sache, daß dieser Meinungsausgleich nicht mit einem Mal alle Einzelheiten erfassen konnte, so daß der Regierungserklärung — wie jeder frühern auch — in manchem Punkte jener Charakter der Festigkeit und Bestimmtheit abgeht, den wir ihr dringend gewünscht hätten.

Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Regierung Wirth unter den gegebenen Umständen immer noch die bestmögliche ist. Die

Sozialdemokratie kann nicht allein regieren,

sie kann es auch mit den Unabhängigen zusammen nicht, die bürgerlichen Parteien können nicht allein rgieren, wie eben erst der Zusammenbruch der Fehrenbach-Regierung bewiesen hat. Eine Regierung kann nur gebildet werden aus der Sozialdemokratie und einem Teile der bürgerlichen Parteien. Zusammenarbeit bedingt Entgegenkommen von beiden Seiten, auch Entgegenkommen der bürgerlichen Koalitionsparteien an die Sozialdemokratie, vielleicht in höherm Maß, als es bisher betätigt worden ist.

Die Regierung Wirth ist, ebenso wie ihre Vorgängerin, eine Minderheitsregierung. Sie muß ihre parlamentarische Basis von Fall zu Fall entweder nach rechts oder nach links erweitern können, wenn sie leben und arbeitsfähig bleiben soll. Damit rücken die

Unabhängigen in eine Machtposition

hinein, wie sie sie seit dem Hallischen Spaltungsparteitag nicht mehr besessen haben. Wenn sie nun auch so vorsichtig gewesen sind, eine Beteiligung an der Regierungsbildung und damit an der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit abzulehnen, die geschichtliche Verantwortlichkeit liegt dafür um so schwerer auf ihren Schultern.

Es ist leicht, grundsätzliche Forderungen aufzustellen und, wenn sie nicht erfüllt werden, die Regierung zu sprengen. Die Sozialdemokratie kann das, wenn sie will, an jedem ihr passenden Tage tun. Schwerer, unendlich viel schwerer ist es, sachlich eine Politik durchzusetzen, die den Mindestansprüchen der Sozialdemokratie einigermaßen genügen kann. Darum ist auch für die Unabhängigen die Versuchung ungemein groß, sich den taktischen Peinlichkeiten, die jede direkte oder indirekte Unterstützung einer Regierung mit sich bringt, zu entziehen durch eine heroische Geste, die den Beifall eines Teiles der Wähler findet, auch wenn sie alles Porzellan im deutschen Reichsladen zerschlagen sollte.

Von dieser Politik der Zerstörung sind die Unabhängigen abgerückt seit der bittern Lehre des 20. Februar, die sich seitdem in Mecklenburg und Braunschweig wie Bremen in verstärktem Maße wiederholt hat. Ihre Führer beginnen notgedrungen einzusehen, daß es mit dem

Schimpfen und Randalieren nicht getan

ist, sondern daß die Reste der Partei mit Hand anlegen müssen, wenn die Interessen der Arbeiter und Angestellten wie Beamten nicht auch weiterhin von ihnen schmählich preisgegeben und verraten werden sollen.

Diese grundsätzliche Schwenkung der Unabhängigen zeigte sich eklatant bei der Frage der Annahme oder Ablehnung des Londoner Ultimatums. Es waren die Unabhängigen, die die Annahme ermöglichten. Ohne sie hätte sich keine Mehrheit im Reichstag dafür gefunden. Nun gilt es, die Folgerungen daraus zu ziehen. Wirth hat die Umrisse eines Programms der Durchführung gezeichnet. Es ist Aufgabe der Unabhängigen, an der Ausführung des Projektierten zu Nutzen der Arbeiterklasse und der ihr wirtschaftlich gleichgestellten Schichten positiv und emsig mitzuarbeiten.

Sachlich wird die unabhängige Fraktion kaum etwas wünschen, was die Sozialdemokratie nicht auch will. Ueber die taktischen Möglichkeiten des Durchsetzens werden die Meinungen oft auseinandergehen. Die Widerstände der bürgerlichen Parteien gegen sozialdemokratische Vorschläge auf finanz- und wirtschaftspolitischem Gebiet sind stark und werden immer stärker werden. Man wird mit der Tatsache rechnen müssen, daß jene Parteien durch ihr langes Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei in unserm Sinne verdorben worden sind.

Besteht bei der Sozialdemokratie die Neigung zu einer Erweiterung der Koalitionsbasis nach links, so besteht bei den bürgerlichen Parteien die gleiche Neigung in nicht minder starkem Maße nach rechts. Dieser Gegensatz wird sich noch oft genug auf den verschiedensten Gebieten bemerkbar machen: in den Fragen des Ausnahmezustandes, der Amnestie, der Sondergerichte, ganz besonders aber

auf dem Gebiete der Steuerpolitik,

wo die Sozialdemokratie auf der Besteurung des Besitzes als erstes und erst danach auf Ausfüllung der verbleibenden großen Lücken durch indirekte Massensteuern bestehen muß, während auf der andern Seite der Wille vorhanden ist, umgekehrt zu verfahren.

Die Regierungserklärung bedeutet keinen Abschluß, sondern einen Anfang. Worte gelten wenig, auf die Ausführung kommt es an. Und da beginnt nun ein Schachspiel, an dem neben den eigentlichen Regierungsparteien Unabhängige und Deutsche Volkspartei als Mitspieler hervorragend beteiligt sein werden. Wenn die Unabhängige Partei dabei verspielt, wird auch die Sozialdemokrate ihren Platz räumen und die Deutsche Volkspartei wird ihn triumphierend einnehmen. Das aber würde für das Reich und besonders für seine arbeitende Bevölkerung geradewegs in die Katastrophe hineinführen.

Das Spiel kann nur durch Geduld gewonnen werden. Einsicht in vorhandene unausweichliche Notwendigkeiten und stärkste Entschlossenheit in dem wirklich entscheidenden Augenblick. Daß dieser Augenblick dann eine im Ziele geeinte Anhängerschaft beider sozialdemokratischen Fraktionen finden möge, ist ein Gebot für jetzt und für die Zukunft. Die Sozialdemokratie wird es an Mitarbeit nicht fehlen lassen. Es ist Sache der Unabhängigen, ihr zu folgen und mit ihr zusammen für die minderbemittelten Schichten in positiver Arbeit einzutreten.

Freilich müssen die Unabhängigen zu diesem Zweck

alles über Bord werfen,

was sie bisher zur Bekämpfung der Demokratie gepriesen und angebetet haben. Das Rätesystem muß verschwinden, die Diktatur muß eingesargt werden. Die Unabhängigen müssen ohne Einschränkung gestehen, daß sie sich zweieinhalb Jahre lang in den Grundbedingungen für die politische Arbeit zum Schaden der Arbeiterklasse gröblich geirrt haben. Anders ist eine positive Mitarbeit bei der Verteilung der ungeheuern Lasten nicht möglich. Die Mitarbeit aber ist nötig, um die Hand- und Kopfarbeiterschaft vor ihrer Erdrosselung durch die kapitalistischen Parteien zu bewahren.

Saulus wurde in Damaskus zum Paulus. Er schwor dort ab, was er vorher angebetet hatte. Die angekündigten Steuervorlagen werden für die Unabhängigen zu ihrem Tage von Damaskus. Sie müssen bekennen, daß sie bisher auf falschen Wegen gewandelt sind; sie müssen umkehren und durch die Tat beweisen, daß die von ihnen bisher verlästerte Sozialdemokratie auf der richtigen Bahn geschritten ist.

Oder sie werden auch dem kärglichen Rest ihrer Partei das Grab graben. —

* * *

Kapitalisten und Kommunisten.

Nach dem Finanzdiktat der Sieger hat Deutschland zu zahlen 1. eine feste jährliche Rate von 2 Milliarden Goldmark, 2. einen wechselnden Betrag, der bestimmt wird durch 26 Hundertteile des Wertes der deutschen Ausfuhr. Die letztere Summe wird gegenwärtig auf 1,3 Milliarden geschätzt, so daß eine Gesamtleistung von 3,3 Milliarden Goldmark oder rund 50 Milliarden Papiermark herauskäme. Das ist etwas mehr, als das deutsche Volk bisher im ganzen an Steuern aufgebracht hat. Man müßte, wenn das noch möglich wäre, alle Steuern glattweg verdoppeln, um den notwendigen Betrag herauszubekommen. Natürlich wird das in so einfacher Weise nicht gehen, man wird vielmehr sehr verschiedene neue Einnahmequellen suchen müssen, um die Entente zu befriedigen.

Aber schon im voraus tobt die Presse der Rechts- und der Linksradikalen. Helfferich höhnt in der „Deutschen Tageszeitung" über „Die Reichsregierung als Exekutor der Entente". Er wirft der deutschen Annahmemehrheit vor, sie sei schuld daran, wenn an die Stelle der deutschen sozialen Fürsorge die Bajonette und Maschinengewehre der Entente treten, wenn der Besitzende zum Bettler, der freie Arbeiter zum Sklaven gemacht werde. Als ob nicht, wenn man nach den Vorschlägen Helfferichs verfahren wäre, schon heute in Deutschland die Bajonette und Maschinengewehre der Entente regierten. Die Männer der

wilhelminischen Kriegspolitik

haben Deutschland in Niederlage und Ohnmacht geführt und es mit Schulden überhäuft. Das deutsche Volk ist schuldig des Verbrechens, dieses Gesindel zu lange geduldet zu haben, aber es hat jetzt nur noch die Wahl, ob es sich selbst mit äußerster Aufopferung frei arbeiten will oder ob der französische Gerichtsvollzieher mit dem Helm den Rest erledigen soll. Wir halten für die einzige nationale Antwort, daß Deutschland sein eigner Gerichtsvollzieher sein muß.

Die „Rote Fahne" läßt sich in wüster Hetzerei gegen die Annahmemehrheit von keinem Helfferich übertreffen. Sie versichert, daß die neuen Steuern zeigten, welch unerhörtes Verbrechen die Sozialdemokraten und Unabhängigen begingen, als sie der deutschen Bourgeoisie zur Unterschrift unter den Londoner Räubervertrag verhalfen. In demselben Blatte, zwei Seiten später, unter den Wirtschaftsnachrichten, stehen fünf Berichte aus dem Siegerland, dem Ruhrrevier, dem besetzten Gebiet mit der Schlußfolgerung der „Roten Fahne", „Arbeitslosigkeit, Hunger, Krankheit, Tod — das sind die Folgen der Sanktionen für die Arbeiterschaft!" Also die Sanktionen bedeuten schon jetzt Hunger und Tod und hätten es bei Ablehnung des Londoner Finanzdiktats für die ganze deutsche Arbeiterschaft bedeutet. Aber seine Annahme war doch ein sozialdemokratischen Verbrechen Man muß Kommunist sein, um diesen Widerspruch schlucken zu können.

Die Aufgabe, 50 Milliarden für die Entente aufzubringen, wird dadurch erschwert, daß außerdem die alte bürgerliche Regierung ein Defizit von 70 Milliarden hinterlassen hat, das auch gedeckt werden muß. Die unvorstellbare Menge von

120 000 Millionen Mark an neuen Einnahmen

herbeizuschaffen, ist natürlich ungeheuer schwierig, und schüchtern oder zartfühlend darf dabei die Regierung nicht vorgehen.

Man spricht also von einer Menge neuer Börsensteuern, von einer gewaltigen Erhöhung der Kohlensteuer, von Kohlenhandelsmonopol, Kalimonopol, Zuckermonopol, Erhöhung der Branntwein- und Tabaksteuer, Erhöhung der Umsatzsteuer und Exportabgaben. Man wird nicht darum herumkommen, die bisherigen Reichszuschüsse zur Verbilligung des Getreides und Brotes zu beseitigen, wodurch der Brotpreis ungeheuer steigen wird. Man wird auf die bisherigen Baukostenzuschüsse des Reiches verzichten müssen, und die Mieten werden so gesteigert werden müssen, daß das Bauen ohne Zuschüsse wieder möglich wird.

Das alles würde das Proletariat ungeheuer belasten. Aber für all dies Unvermeidliche finden sich auch Wege und Formen, die der großen werktätigen Masse Unerträgliches ersparen. Selbstverständlich wird man, wenn Brot und Miete und alles andre wesentlich teurer wird, um eine entsprechende Steigerung der Löhne und Gehalte nicht herumkommen.

An sich kann das deutsche Volk, da es über bares Geld kaum noch verfügt, seinen Feinden

nur mit der Ausfuhr zahlen,

d. h. mit dem Ueberschuß seiner Arbeit über das notwendige Existenzminimum. Dieser Ueberschuß der deutschen Arbeit muß so gesteigert werden, daß er schließlich die erforderliche Milliardensumme deckt. Für die nächsten Monate und Jahre ist das nicht erreichbar. Darum muß Deutschland, um zahlen zu können, die in seinem Besitz befindlichen Geldwerte für die Feinde flüssig zu machen suchen. Es muß allen Grundbesitz in Stadt und Land und alle großen wirtschaftlichen Unternehmungen mit einer Zwangshypothek oder Zwangsbeteiligung des Reiches belasten und aus der Verzinsung oder schlimmstenfalls durch Verkauf die Entente befriedigen. Wer davor zurückschreckt, müßte alsbald die Lebenshaltung der Arbeiterschaft so tief herabdrücken, daß dadurch die ganze Reparationssumme auf-

gebracht wird. Das freilich wäre für die Arbeiterklasse ein hoffnungsloses Elend und würde auf die Dauer Deutschlands Zukunft immer düsterer gestalten, weil dadurch sein wertvollstes Gut, eben die Arbeitskraft, ruiniert würde.

Das deutsche Volk ist sich darüber klar, daß es schwere Lasten wird tragen müssen. Aber es hält wenigstens sein Gebiet, soweit es noch nicht besetzt ist, vom Feinde frei, es rettet die deutsche Einheit, den deutschen Staat. Wer die harte Erfüllung weigert, vernichtet aus Dummheit oder Demagogie die letzte Aussicht auf eine bessere deutsche Zukunft. Wenigstens die letzte Aussicht, die man noch mit den Mitteln der Vernunft erkennen und ermessen kann und die nicht bloße Schwärmerei und Träumerei ist. Das Rezept der Kommunisten und Rechtsparteiler läuft darauf hinaus, daß Deutschland in Schönheit sterben soll. Aber das deutsche Volk will lieber in harter Arbeit leben. Die Patentpatrioten sind dagegen die ärgsten Vaterlandsfeinde. —

Berlin vor einer Kohlenkatastrophe.

Am Mittwoch hat eine Sitzung der Groß-Berliner Verkehrsunternehmungen bei dem Reichskohlenkommissar stattgefunden. Es handelt sich darum, festzustellen, ob die Verkehrsunternehmen in der Lage sind, weitere Einschränkungen auf sich zu nehmen. Die Verhandlungen ergaben, daß sowohl Straßenbahn als auch Hochbahn bereits genügend Einschränkungen ihres Verkehrs vorgenommen haben, so daß weitere Einschränkungen nicht möglich sind. Die Gasanstalten sind noch für 10 Tage versorgt. Die Elektrizitätswerke haben sich auf Braunkohlenfeurung eingestellt und der weitaus größte Teil der Produktion aus der Niederlausitz geht bis auf weiteres an die öffentlichen Stromerzeugungswerke. Das Kraftwerk Golpa ist derart überlastet, daß eine erhöhte Stromabgabe zurzeit nicht möglich ist. Im Vorortverkehr sollen Sonderzüge für Vergnügungszwecke, besonders für Rennen, wegfallen.

Zu einem endgültigen Ergebnis konnte die Besprechung nicht gelangen. Der Reichskohlenkommissar wird vermutlich der Berliner Industrie vorschlagen, die Betriebe auf Nachtschicht umzustellen, wenn nicht ein großer Teil der kleinen und mittlern Betriebe in den nächsten 14 Tagen von der Belieferung abgeschnitten werden will. Weiterhin wird damit zu rechnen sein, daß die Gassparstunden in Berlin in strenger Weise wieder eingeführt werden, daß eventuell bis zu 8 Sparstunden im Tag eingelegt werden müssen. Auch die Versorgung der Eisenbahn mit Kohle ist so gefährdet, daß zurzeit Verhandlungen zwischen dem Reichskohlenkommissar und dem Reichsverkehrsminister über Einschränkung des Verbrauchs schweben.

Alles hängt davon ab, ob und wann wieder Kohle aus Oberschlesien eintrifft, mit andern Worten, wenn es der Entente gelingt, der wüsten Anarchie in Oberschlesien ein Ende zu machen. —

Die Steuerdrückeberger.

Der Hansabund, der im Fahrwasser der Deutschen Volkspartei segelt, hat eine große Aktion zum Schutze der Kapitalisten gegen das Steuerzahlen der Besitzenden eingeleitet. Die Stinnespresse wird in Bewegung gesetzt, um der Bevölkerung weizumachen, daß der „arme“ Kapitalist schon durch die bisherige Steuergesetzgebung vor dem Bankrott steht, daß infolgedessen ein Abbau der Besitzsteuern erfolgen muß, und daß an eine schärfere Heranziehung der „notleidenden“ Kapitalisten gar nicht mehr gedacht werden kann. Die Aufbauparteiler haben auch gleich einen Vorschlag bei der Hand, wie ohne die Kapitalisten Steuern aufzubringen sind: Sie wollen — die andern zahlen lassen. Die Arbeiter, die Angestellten und Beamten sollen die neuen Lasten aufgebürdet bekommen, das ist der Vorschlag des famosen Hansabundes und der andern Stinnes-Leute.

Die „Magdeburgische Zeitung“ nimmt sich natürlich liebevoll der edeln Kapitalistenseelen an: In einem Artikel „Aus der Steuererklärung eines Arbeiters“ werden die gesetzlich zulässigen Abzüge einer Arbeiterfamilie bei der Steuererklärung aufgeführt, die Genosse Keil in der „Volksstimme“ unsern Lesern als Anleitung zur Ausfüllung des komplizierten Steuererklärungsformulars dargelegt hat. Der Hansabund, der den Artikel in die bereitwillige „Magdeburgische Zeitung“ aufgegeben hat, tut so, als ob diese Anweisung des Genossen Keil als Anleitung zur Steuerdrückebergerei dienen soll. In dem Hansabund-Artikel der „Magdeburgischen Zeitung“ finden sich folgende unverschämten Sätze:

> Es ist bekannt, wie verhältnismäßig gering die steuerliche Belastung einer Arbeiterfamilie ist ... Man muß sich der fanatischen Reden erinnern, die insbesondere der Abg. Keil, ihr Führer in Steuerfragen, gegen die Steuerlasten der besitzenden Klassen gehalten hat, und nun diese Anweisung lesen, um der nun behaupten, daß sie den ihn verfaßt sei. Dann wird man zu dem Ergebnis kommen, daß ihm und seinen Freunden alle Steuern verächtlich sind, die die andern zahlen und alle verwerflich, zu denen sie selber beitragen sollen. Jedenfalls haben sie es glänzend verstanden, bei den direkten Steuern dafür zu sorgen, daß sie wenig oder nichts zahlen. Da das Reich aber ungeheure Steuern braucht, und von dem Besitz nicht mehr herausgeholt werden kann, so wird nichts übrigbleiben, als die neuen Lasten auf die Verbrauchssteuern zu legen.

Dieser demagogische Erguß ist ein Meisterstück kapitalistischer Verdrehungskunst. Nach Ansicht der Volksparteiler sollen jetzt die Arbeiter, Angestellten und Beamten wenig oder gar keine direkten Steuern, während die Reichen ja mit Steuern belastet sind, daß sie keinen Pfennig mehr herausrücken können. Also nicht die Kapitalisten, sondern die Lohn- und Gehaltsempfänger, nicht die Reichen, sondern die Armen sollen die neuen Steuerlasten tragen, das ist die Absicht der Stinnes-Leute. So sieht der Aufbau der Deutschen Volkspartei aus.

Genau so kapitalistisch denken natürlich die Großagrarier und ihre politische Vertretung, die Deutschnationale Volkspartei. Nach deren Ansicht geht es der „notleidenden“ Landwirtschaft bei den hohen Preisen für landwirtschaftliche Produkte noch immer viel besser als den „armen“ Großindustriellen bei den hohen Stinnespreisen. Nach der reaktionären Hetzpresse aller Schattierungen ist in Deutschland nur eine Bevölkerungsschicht gut daran: die Lohn- und Gehaltsempfänger. Denn diesen werden ja „ungeheuer hohe“ Löhne und Gehälter an den Hals geworfen, die sie überdies bei dem Achtstundentag noch für Nichtstun erhalten, und von denen sie nicht einmal Steuern zu bezahlen brauchen. Das ist die Ansicht weiter Kreise des Bürgertums, die von der agrarischen oder Stinnespresse ihre Meinung vorgeschrieben bekommen.

Wie ist es nun aber in Wirklichkeit um die „notleidenden“ Agrarier und Kapitalisten und vor allem um ihre Ehrlichkeit bei Aufstellung der Steuererklärung bestellt? Das Finanzamt Salzwedel läßt nun durch eine öffentliche Bekanntmachung im „Salzwedeler Wochenblatt“ einen interessanten Einblick in die Kapitalverhältnisse und die „Steuerfreudigkeit“ der Besitzenden tun. Die Veröffentlichung lautet:

Bekanntmachung!

In der Zeit vom 18. bis 25. Mai 1921 sind wegen unrichtiger Angaben in ihren Steuererklärungen zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs bzw. zum Reichsnotopfer mit folgenden Beträgen einschließlich der für verfallen erklärten und eingezogenen Werte, die nachgenannten Personen vom Finanzamt bestraft worden:

1. Ackermann Friedrich Böwe (Ahlum)	57 150	Mark
2. Ackermann Hermann Lemme (Zierau)	141 200	„
3. Landwirt Ernst Benecke (Stöckheim)	225 200	„
4. Hotelbesitzer Anton Müller (Salzwedel)	109 650	„
5. Landwirt A. Müller (Brunau)	103 450	„
6. Viehhändler Ferd. Lüber (Ellenberg)	18 710	„
7. Kossat und Gastwirt Wilh. Schulz Nr. 2 (Siedenlangenbeck)	24 900	„
8. Ackermann Herm. Schulz Nr. 7 (Recklingen)	22 500	„
9. Gastwirt Adolf Schmidt (Winterfeld)	20 250	„
10. Ackermann Friedr. Müller (Siedenlangenbeck Nr. 16	21 600	„
11. Ackermann Aug. Tegge (Hohenlangenbeck)	32 100	„
12. Gutsbesitzer Fritz Kamieth (Liesten)	24 200	„
13. Kaufmann Otto Klinkow (Salzwedel)	56 700	„
14. Ackermann Gustav Gose (Ahlum)	43 600	„
15. Ackermann Hermann Reuling (Ziethnitz)	44 300	„
16. Frau Elisabeth Erxleben (Salzwedel)	9 100	„
17. Ackermann Joachim Gädke Nr. 3 (Hohenlangenbeck)	71 800	„
18. Mühlenbes. Heinr. Landsmann (Rohrberg)	142 800	„
19. Ackermann Reinh. Bierstedt (Kl.-Bierstedt)	162 400	„
Insgesamt	1 331 610	Mark

in Worten: Eine Million Dreihunderteinunddreißigtausendsechshundertundzehn Mark. Weitere Strafverfahren sind eingeleitet.

Finanzamt Salzwedel, den 26. Mai 1921. Groth, Regierungsrat.

In einer Woche in einem Kreise fast 1½ Millionen Mark Steuerstrafen. Es geht doch nichts über die Ehrlichkeit treudeutscher Patrioten. Auch ein Vertreter des Landbundes im Kreistage befindet sich unter den Bemoglern des Staates. Wo sind nun die Steuerdrückeberger zu finden, in den Kreisen der Kapitalisten oder bei den Arbeitern, verehrte „Magdeburgische“? —

Bayern muß entwaffnen.

Die bayrische Regierung kann es in ihrem „Ordnungsstaat“ nicht einmal mehr wagen, die Wahrheit zu sagen. Feig verschweigt sie wichtige Tatsachen, um sich den Escherichen gegenüber halten zu können. Wie jetzt bekannt wird, hat der französische Gesandte in München der bayrischen Regierung bereits vor Tagen keinen Zweifel daran gelassen, daß die Einwohnerwehren nicht nur entwaffnet, sondern auch aufgelöst werden müssen. Trotzdem sie also genau unterrichtet war, hat die bayrische Regierung in ihrer von uns gestern veröffentlichten Erklärung die Mitteilungen des französischen Gesandten völlig ignoriert. Nur auf Umwegen ist dem bayrischen Volk überhaupt etwas von diesem Schritte bekannt geworden.

Nun hat die bayrische Regierung eine zweite Ohrfeige bekommen. Der britische Botschaftsrat und Generalkonsul in München, Mr. Seeds, wurde am Mittwoch nachmittag in Abwesenheit des Herrn v. Kahr von seinem Stellvertreter, dem Kultusminister Matt, empfangen und erklärte auf Befehl seiner Regierung:

> Ich bin beauftragt, kategorisch zu erklären, daß die Anwendung der Sanktionen nur vermieden werden kann, wenn von Bayern die in dem Ultimatum geforderten Bedingungen restlos erfüllt werden. Die Bedingungen enthalten, wie bekannt, die Forderung sowohl der Entwaffnung als der Auflösung der Einwohnerwehren.

Diese Demütigungen konnte die bayrische Regierung sich und dem deutschen Volk ersparen. Eine Ungeheuerlichkeit ist es aber, daß die Kahr und Genossen der Reichsregierung zugemutet haben, jetzt noch einmal für sie betteln zu gehen, nachdem die Abweisung jeder Bitte schon im voraus feststand.

Von unserm Münchner Korrespondenten werden uns dazu Mitteilungen gemacht, die ein Licht auf die erschreckende Anarchie im bayrischen „Ordnungsstaat“ werfen. Danach ist es nicht dem Ministerpräsidenten v. Kahr gelungen, den Willen zum aktiven Widerstande der Einwohnerwehrleute zu brechen, sondern dem starken persönlichen Einfluß des Abgeordneten Held, dem Führer der Bayrischen Volkspartei. Bis spät in die Nacht verhandelte der Abgeordnete Held mit den Escherichen und rang diesen Saboteuren von „Ruhe und Ordnung“ die Zugeständnisse ab, die den Ministerpräsidenten ermächtigen sollten, die abgegebene Erklärung zu formulieren.

Unser Korrespondent meldet ferner, daß Held Montag nacht 12 Uhr noch aus seiner Wohnung herausgeholt und vor die Tatsache gestellt wurde, daß seine gesamte Vermittlerarbeit durch die „Räte-Fuchtel“ der Kreis- und Gauhauptleute über den Haufen geworfen war. Als Dienstag vormittag um 9 Uhr der Landesausschuß zusammentreten sollte, wußten selbst Regierungsvertreter noch nicht, ob der Ministerpräsident auf Grund der nächtlichen Ereignisse seine Erklärung abgeben könne oder nicht.

Das Universitätsviertel und die Standquartiere der „Unentwegten“ waren bis in den frühen Morgen hinein bevölkert von Gruppen Gewehr und Stahlhelm tragender Escherichs, und die Aufrufe an den Hochschulen forderten unter dem Deckmantel der „Oberschlesienhilfe“ zur Selbsthilfe gegen die „kraftlose“ Reichsregierung auf.

Die Verhältnisse in München erwecken den Eindruck, daß der Kampf um die Entmachtung erst beginnt. Unser Korrespondent macht darauf aufmerksam, daß die Bestrebungen in der bayrischen Einwohnerwehr und der Orgesch nur allzu bereitwillige Objekte für gewisse Ententekreise sind, die auf einen Bruch Deutschlands in den Entwaffnungsterminen lauern, um doch noch ihren militaristischen Instinkten freien Lauf lassen zu können.

Die deutsche Reichsregierung sollte diese Warnung nicht unbeachtet lassen. Es ist nur zu bekannt, daß geheimnisvolle Fäden zwischen München und Paris und dem französisch besetzten Gebiet laufen. Wir wissen auch, daß einflußreiche Kreise in Bayern nur zu bereit sind, um Sondervorteile halber die Einheit des Reiches zu zerschlagen.

Die gründliche Entwaffnung Bayerns ist in Anbetracht dieser Umstände nicht nur eine außenpolitische, sondern auch eine dringende innerpolitische Maßnahme. Irgendwelche putschistische Ueberraschungen können wir jetzt nicht brauchen, wo wir alle Kräfte anspannen müssen, um Deutschland von dem Drucke der Entente freizukaufen. —

Aus dem Preußenparlament.

Nach einem vergeblichen Versuch der Kommunisten, unbedingt die Frage der Sondergerichte auf die Tagesordnung zu bringen, und nach der Weiterführung der bereits begonnenen Debatte über das Kommunalabgabengesetz kam es im Verlauf dieser Debatte zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Abg. Leinert, dem Oberbürgermeister von Hannover, und dem Abg. Katz, dem Hauptsprecher der Kommunisten. Katz hatte unsern Genossen Leinert am Vortag dem Haus als „Orgesch-General“ und „Kindermörder“ hingestellt. Er erzählte mit einem ungeheuern Aufwand von Phrasen, daß Leinert in Hannover in den Kapptagen mit den Reaktionären unter einer Decke gesteckt habe.

Den „Kindermörder Leinert“ fabriziert sich der phantasiebegabte Katz auf folgende Weise: In Hannover wird ein kleiner Aufschlag erhoben, der die Kosten für jene Milch beibringen soll und beibringt, die sich die Aermsten der Armen nicht kaufen können. Wer also durch Beschaffung von Milch Kindern das Leben rettet, der ist, nach der Logik des Herrn Katz ein Kindermörder! „Aber nein!“ brauste der auf seine Unlogik festgenagelte Herr Katz auf; er wird verlegen und schweigt. Da meldet sich als Helfer der Welfe Biester, der nun einen wahren Wutanfall bekommt und das Hohe Haus mit dem Satze, das in Hannover vergossene Blut komme auf das Konto des Genossen Leinert, überrascht.

Aber dem Helfer des Herrn Katz wurde noch übler mitgespielt, als Herrn Katz selbst. Was Genosse Leinert über die Helden der „Republik Hannover“, über das Zusammenarbeiten dieser famosen „Patrioten“ mit den französischen Generalen in Mainz erzählte, wurde vom Hause mit großer Aufmerksamkeit und von den Welfen mit verlegenem Schweigen angehört.

Groß-Berlin, das haben die Millionäre im Grunewald und vielen andern Gemeinden, die Groß-Berlin eingemeindet wurden, besonders ins Herz geschlossen. Die Deutschnationalen machen sich zum Sturmbock aller Kapitalisten, die mit dem Feldgeschrei: „Los von Berlin!“ die Geldbeutel der reichen Vorortgemeinden in Sicherheit bringen wollen. Unser Genosse Hirsch leuchtete dem deutschnationalen Abg. und Berliner Stadtverordneten Koch so übel heim, daß er verstummte und schließlich aus dem Sitzungssaal verschwand. Alte Sünden möchten die Deutschnationalen gern dem neuen Groß-Berlin ankreiden. Das wird ihnen nicht gelingen. Fehler werden auch im neuen Berlin gemacht, aber — die Herren auf den Bänken der Rechten schauten recht ernst darein, als sie den zuversichtlichen Ton hörten, mit dem Genosse Hirsch über den Willen zur Arbeit und zur Reform sprach, der im neuen Berlin lebendig ist.

Nach einer scharfen Geschäftsordnungsdebatte vertagte sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr. —

Krise in Wien.

Das Wiener Kabinett Mayr ist zurückgetreten. Der Bundespräsident Hainisch hat das Ministerium, wie üblich, mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte beauftragt.

Der Rücktritt des Kabinetts Mayr erhellt mit Scheinwerferlicht die Abhängigkeit der unterlegenen Staaten von der Entente. Die Friedensverträge verbieten den staatlichen Zusammenschluß von Deutschland und Deutschösterreich. Durch die österreichischen Lande geht eine elementare Volksbewegung mit dem Ziele, durch freiwillige Abstimmungen aller Welt zu beweisen, wie groß das Unrecht ist, das den Deutschen in Oesterreich angetan wird, weil die Entente ihnen das Selbstbestimmungsrecht verweigert. Der Entente sind die Volksabstimmungen, so wie sie in Tirol und Salzburg durchgeführt wurden, höchst unbequem und sie droht mit scharfen Maßnahmen gegen Deutschösterreich, wenn dessen Regierung die Abstimmungen nicht verhindere.

Gegen den Willen der Regierung ist von privater Seite die Abstimmung in Tirol und Salzburg bereits durchgeführt, die eine gewaltige Demonstration gegen das Anschlußverbot waren. Die Nervosität der Ententestaatsmänner ist dadurch noch gewachsen. In Steiermark soll am 3. Juli ebenfalls abgestimmt werden. Die Entente übt den schärfsten Druck aus, um diese neuerliche Demonstration zu verhindern.

Die Wiener Regierung ist in einer bedrängten Lage: sie weiß, daß alle Abstimmungen nur den Wert von Demonstrationen haben, daß sie aber für das gesamte Volk sehr schlimme Folgen haben müssen, wenn die Entente ihre Drohungen wahr macht. Alle Darlegungen der Regierung haben bisher nicht vermocht, die Volksbewegung einzudämmen. Um nun den österreichischen Völkern den ganzen Ernst der Lage klarzumachen und der Entente gegenüber sich zu decken, ist das Kabinett Mayr zurückgetreten.

Der deutsche Reichskanzler Dr. Wirth hat sich veranlaßt gesehen, eine Hilfsstellung für die deutschösterreichische Regierung einzunehmen. Er hat an die österreichische Regierung ein Telegramm gerichtet, in welchem er dringend ersucht, mit Rücksicht auf die gegenwärtige internationale Lage Deutschlands alles aufzubieten, damit weitere Abstimmungen in den einzelnen Ländern über den Anschluß an Deutschland unterbleiben.

Es mag in Wien und noch weniger in Berlin nicht leicht gefallen sein, zu solch auffälligen und drastischen Mitteln zu greifen, um die elementare Anschlußbewegung in Deuschösterreich einzudämmen. Man mag daran ermessen, mit welcher Rücksichtslosigkeit die Ententestaatsmänner vorgehen, wenn es sich darum handelt, ihren Willen durchzusetzen.

Die Entente ist gegenwärtig noch in der Lage, den Deutschen am Rhein, an der Elbe und der Donau ihren Willen aufzu-

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 127. Magdeburg, Freitag den 3. Juni 1921. 32. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

109. Sitzung.

Berlin, 1. Juni.

Am Regierungstisch: Dr. Wirth, Bauer, Dr. Rosen, Schiffer, Gradnauer, Geßler, Hermes, Gröner, Brauns, Rathenau.

Präsident Löbe eröffnet bei stark besetztem Haus und gut besuchten Tribünen die Sitzung und erteilt zu dem einzigen Gegenstand der Tagesordnung: Entgegennahme einer

Erklärung der Reichsregierung

das Wort dem

Reichskanzler Dr. Wirth: Man erwartet von der neuen Regierung ein Programm. Ich will dieses Programm in folgende drei Worte zusammenfassen: Verständigung, Wiederaufbau und Versöhnung! (Lärm und Zurufe der Komm.: Und die Amnestie?) In dieser Formel soll begründet sein, daß wir alle Kraft daransetzen wollen, das Staatsschiff in ein ruhiges Fahrwasser friedlicher Entwicklung zu lenken. Durch Werke des Friedens und Aufbaues nach außen und innen wollen wir zeigen, daß es uns Ernst ist mit dem Beginn einer neuen Zeit, daß wir unsern Verpflichtungen bis zum Aeußersten nachkommen und durch Arbeit und Leistungen die Freiheit des Vaterlandes wieder gewinnen wollen. Die Annahme des Ultimatums hat unsre Politik in eine bestimmte Bahn gelenkt. Die Absicht der Reichsregierung ist eindeutig und klar: sie will die übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft und loyal erfüllen, sie will den guten Mut haben und

vom ganzen deutschen Volke verlangen,

daß es sich anstrengt, Leistungen größerer Art zu vollbringen. Hierin erblickt die Reichsregierung die einzige für Deutschland mögliche Politik: nicht akademische Erörterungen, sondern allein die praktische Anerkennung des Leistungsprinzips wird für Deutschland und seine schwere Lage in der Welt Verständnis erwecken. Das Ultimatum stellt uns kurze Fristen. Die abgelaufenen haben wir eingehalten. Auf finanziellem Gebiet ist die Zahlung einer Milliarde Goldmark rechtzeitig erfolgt. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, um die Einlösung der Schatzwechsel bis zum 31. August sicherzustellen. Am 31. Mai sind weitere 50 Millionen Goldmark in Devisen angeboten worden. (Erneuter Lärm b. d. Komm.: Und die Amnestie?) Durch die Annahme des Ultimatums haben wir uns den Entwaffnungsbestimmungen der Pariser Note vom 29. Januar auf dem Gebiet des Militär-, Marine- und Flugwesens gefügt. Die Note, die uns zur Ausführung des Ultimatums von General Nollet, dem Leiter der Interalliierten Militärkommission, überreicht worden ist, wird in der üblichen Weise dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten zugeleitet werden. Die bisher abgelaufenen Fristen sind auch auf diesem Gebiet innegehalten. (Abg. Hoffmann (Komm.): Schwindel!) Die Reichsregierung ist einmütiger Ansicht, daß uns in der Frage der Entwaffnung keine Vorwürfe gemacht werden können, geschweige, daß sie Anlaß zu Sanktionen geben darf. Was an uns ist, werden wir tun, um unsre Versprechungen einzulösen. (Zuruf Adolf Hoffmann: Erst können vor Lachen!) Für diesen Zuruf haben Sie Amnestie. (Beifall. Zurufe der Komm.: Was sagt Kahr?!) Die

Durchführung der Entwaffnungsbedingungen

ist veranlaßt worden. Die von der Militär-Kontrollkommission festgesetzten Höchstbestände für den Bedarf und die Ausrüstung unsers Hunderttausend-Mann-Heeres sind von uns anerkannt worden, Befehle zur Ablieferung des überschüssigen Materials erteilt und die Ablieferung ist im Gange. Der Abbau der Landfestungen einschließlich Lötzen und Boyen wird unverzüglich durchgeführt, das gleiche gilt für die Küstenbefestigungen. Die für die Herstellung des Gerätes des Hunderttausend-Mann-Heeres nicht zugelassenen Fabriken werden geschlossen. Die Forderungen betreffs Marine und Luftfahrt sind, soweit sie noch nicht erfüllt sind, in schleuniger Durchführung begriffen, ein Verbot der Ausfuhr von Luftfahrmaterial ist erlassen. Die deutsche Regierung anerkennt die Entscheidung der Kontrollkommission zur Unterscheidung der zivilen Luftfahrt von der militärischen. Die Ablieferung der überzähligen Waffen der Polizei ist durchgeführt, Anordnungen zur Zurückführung der Gesamtstärke der Polizei, die nach den Boulogner Beschlüssen 150 000 Mann nicht überschreiten soll, sind erlassen.

Zur Entwaffnung der Einwohnerwehren sind von den Landesregierungen die erforderlichen Anordnungen getroffen. Die bayrische Regierung stand nach ihrer frühern Stellungnahme

vor einer außerordentlich schwierigen Situation.

Ich habe es nicht für richtig gehalten, durch offizielle Schreiben seitens der Reichsregierung diese schwierige Lage der bayrischen Regierung noch zu verschärfen. Aber Sie können mir glauben, daß ich trotzdem nicht untätig gewesen bin. Die bayrische Regierung hat inzwischen in Erkenntnis der tatsächlichen [illegible] die bekannte Erklärung über die Entwaffnung [illegible] mehr abgegeben. Wenn danach die beteiligten Kreise [illegible] zu Beschlüssen durchgerungen haben, die unabwendbar geworden sind, so verdienen sie und alle beteiligten Personen, die diese Auffassung kundgegeben haben, den Dank . . . (Großer Lärm bei den Komm. Rufe: Unerhört!) Die freiwillige Entwaffnung ist eine wichtige Tat auch für Deutschlands innere Einheit. Ein Spiel mit dem Zwange von innen oder außen hätte nur zu Entzweiungen unter den deutschen Stämmen führen können. Die bayrische Regierung ist in bezug auf die Auflösung der Organisationen der Ansicht, daß mindestens nach erfolgter Waffenabgabe die bayrischen Einwohnerwehren nicht mehr unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrags fallen (Hört, hört! links), welche von der Auflösung gewisser näher bezeichneter militärischer Organisationen sprechen. Aber die Reichsregierung stand nicht mehr allein vor diesen Artikeln des Friedensvertrags, sondern vor dem Ultimatum vom 5. Mai d. J., wonach es nicht möglich ist, die Einwohnerwehren von der Liste der aufzulösenden Organisationen auszunehmen. Diese von uns überreichte Liste muß offen und klar die Einwohnerwehren und die Organisation Escherich enthalten. Die Reichsregierung hat diesen Eingriff in das Vereinsrecht nur unter dem Drucke der Alliierten vorgenommen und die Ansicht der beteiligten Landesregierungen nebst Unterlagen den Alliierten mitgeteilt, damit diese eine Nachprüfung vornehmen können.

Das Wirtschaftsprogramm.

Das Programm der Aufgaben, die sich aus dem wirtschaftlichen Teile des Ultimatums für Deutschland ergeben, ist weit ausladend; am unmittelbarsten steht das finanzielle Programm vor uns, im engen Zusammenhang damit das wirtschaftliche Programm und die sozial-ethischen Aufgaben. Die von uns geforderte Ablieferung von 26 Prozent der Ausfuhr und die fixe Summe von 2 Milliarden jährlichen Annuitäten nebst Besatzungskosten würde, vorausgesetzt, wir hätten im Jahre 1921 dieselbe Ausfuhr wie 1920, eine Leistung von insgesamt über 40 Milliarden Goldmark ergeben. Wir haben nicht mehr zu streiten, ob die Summe unsrer Leistungsfähigkeit angepaßt ist, sondern müssen zu beweisen suchen, wie groß unsre Leistungsfähigkeit ist. Denn die Sache der Freiheit ist selbst mit schwersten finanziellen Opfern nicht zu teuer erkauft. (Gelächter rechts u. b. d. Komm. Zurufe links: Amnestie!) Wir müssen zunächst einen sorgfältigen und genauen Zahlungsplan aufstellen. Dieser Plan wird einerseits den Gesamtbetrag der Sachleistungen festzusetzen haben, anderseits ist nachzuweisen, wie wir die Mittel aufbringen sollen, um den zu zahlenden Restbetrag durch Devisen zu decken. Die 26prozentige Ausfuhrabgabe kann dauernd für die deutsche Ausfuhrindustrie nicht in Frage kommen. (Zustimmung.) Der Ausfuhrindex ist brutal, roh. Es soll nach einem bessern Index geforscht werden, ob er gefunden wird, kann man noch nicht sagen.

Jedenfalls müssen wir Einnahmen schaffen,

die gleich hoch sind, wie die Ausfuhrabgaben. Eine volle Rückvergütung der Ausfuhrabgaben wird nicht erfolgen können. Auch an Sachlieferungen muß Deutschland die nötige Summe aufbringen, denn wir können nicht dauernd zu Anleihen greifen. Wir müssen sehen, die Lasten tatsächlich als jährliche Einnahmen aufzubringen. An neuen Steuerquellen kommt zunächst die Kohle in Frage. Man muß die bestehende Preisdifferenz zwischen Inlands- und Weltmarktpreis ausnutzen, dabei aber einen Weg finden, der eine Differenzierung zwischen Hausbrandkohle und Industriekohle gestattet. Die übrigen Steuern müssen hinreichend sein, einerseits die fehlenden Beträge der Reparation, anderseits die Ausfälle im Reichsbudget zu decken. An Besitzsteuern, die ohne Schädigung des Wirtschaftsprozesses durchzuführen sind, kommen in Frage: ein Ausbau der Körperschaftssteuern, der einer

Besteurung der hohen Dividenden

gleichkommt, ferner ein starker Ausbau der Börsensteuer, um vor allem die Spekulationen an der Börse zu erfahren, drittens — und darauf lege ich besonderen Wert — gilt es nicht nur neue Steuern zu schaffen, sondern die bereits verabschiedeten Steuern wirklich durchzuführen. (Lebhafte Zustimmung.) Durch eine vollkommene Ausschöpfung der bisher erschlossenen Besitzquellen können noch mehrere Milliarden gefördert werden. Wir sind gerade in den letzten zwei Monaten mit den Erträgen der Besitz- und Einkommensteuer erheblich vorwärts gekommen. Der aus gewissen Gründen verständliche langsame Fortgang der Veranlagung der Besitz- und Einkommensteuer hatte in den Kreisen, in denen die Steuer von Lohn und Gehalt erhoben wurde, schon lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. (Sehr richtig!) Eine gewisse Reserve liegt vielleicht auch bei der Nachlaßsteuer, ein Ausbau der Erbanfallsteuer kommt nicht in Frage. Auch

um indirekte Steuern kommen wir nicht herum.

Entwürfe sind ausgearbeitet für eine Erhöhung der Einnahme aus dem Branntweinmonopol, aus der Biersteuer, Beseitigung der Ermäßigung bei der Tabaksteuer, höhere Besteurung des Zuckers einschließlich der Süßstoffe. Bei der indirekten Besteurung wird das Hauptgewicht darauf zu legen sein, daß ein guter Steuerertrag unter möglichst geringer Steigerung der Verbrauchspreise garantiert wird. Die Steuern auf Grund und Boden müssen in moderne Formen gebracht werden. Die ungesunde Arbeit der Notenpresse, die ihren Geldwert verschlechtert, muß möglichst bald abgebaut werden. Zu den Kriegs- und Revolutionsgewinnlern dürfen sich nicht noch Reparationsgewinnler gesellen. Unser Wirtschaftsprogramm geht dahin, unsre Volkswirtschaft auf höhere Produktion und nationalwirtschaftliche Ersparnis einzurichten. Wenn wir die Reparationsleistungen aufbringen sollen, müssen wir im Inland höhere Werte erzeugen und unsre Einfuhr einschränken. Die Einfuhr von Luxuswaren soll durch zollpolitische Maßnahmen beschränkt werden. Man muß aber auch der deutschen Regierung die Verfügungsgewalt über die Zollgrenze wiedergeben. (Zustimmung.) Es darf kein neues Loch im Westen geschaffen werden. Die Landwirtschaft muß auf höchstmögliche Produktion eingestellt werden. Die ganze Wirtschaftspolitik muß abgestimmt sein auf das Ziel

der größtmöglichen Produktionssteigerung.

Notwendig ist die produktive Beschäftigung der Erwerbslosen und die Förderung des Bau- und Siedlungswesens. Nur durch Qualitätsleistungen werden wir wieder Absatzmärkte erringen. Daß Deutschland zum Agrarstaat zurückkehrt, ist unmöglich, es muß sowohl Agrarstaat wie Industriestaat bleiben. (Sehr richtig!) Landwirtschaft und Industrie dürfen sich nicht feindlich gegenüberstehen, sondern als Brüder, die gemeinsam zur Ueberwindung der wirtschaftlichen Not beisteuern, damit wieder die Schaffung eines bescheidenen Wohlstandes möglich wird. Dies gewaltige Arbeitsfeld kann nur bei richtiger sozialer und ethischer Einstellung der deutschen Volksseele bewältigt werden. Die innern Gegensätze müssen möglichst zurückgestellt und die besten Kräfte des Volkes vom innern Hader freigemacht werden. In allen Schichten des Volkes muß jener soziale Geist einkehren, der unbedingt notwendig ist, um die Arbeitsfreudigkeit zu vermehren. (Erneuter Lärm der Komm.: Um Amnestie!)

Präsident Löbe: Lassen Sie den Reichskanzler doch aussprechen; vielleicht kommt er noch auf das Thema. (Heiterkeit.)

Der Präsident ruft den Abg. Remmele (Komm.) wegen dauernder Störungsversuche zur Ordnung.

Oberschlesien.

Reichskanzler Dr. Wirth: In letzter Zeit war unser Blick vor allem nach Oberschlesien gerichtet, wo unsre Brüder unter dem Drucke Korfantyscher Scharen Unerträgliches zu erdulden hatten. Es handelt sich nicht um eine spontane Volksbewegung, sondern um eine künstlich entfachte, von außen unterstützte Rebellion. Das Land ist aufs äußerste gefährdet, die Landwirtschaft liegt danieder, die Industrie steht vor dem Zusammenbruch. So sieht das Land aus, das im vorigen Jahre im Zustande des Friedens und Gedeihens der Interalliierten Kommission zu treuen Händen übergeben worden ist. (Lebhaftes Hört, hört!) Die Bevölkerung hat sich zur Selbsthilfe zusammengeschlossen, um Haus und Hof, Weib und Kind zu schützen. Mit höchster Bewunderung haben wir ihre Selbstbeherrschung festgestellt. (Lebhafter Beifall.) Das Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien hat die Polen enttäuscht. Aus dem Ergebnis ergibt sich das deutsche Recht auf Oberschlesien. Die Teile, die von Oberschlesien abgetrennt und zu Polen geschlagen würden, wären dem Ruin überliefert. Selbst Freunde der Polen haben die Unfähigkeit Polens festgestellt, diese hochentwickelten Gebiete zu verwalten. Deutschland hat sich sogar bereit erklärt, den Polen die oberschlesischen Erzeugnisse zu liefern, die es braucht, solange das polnische Kohlengebiet noch nicht erschlossen ist. (Hört, hört!) Gestützt auf unser gutes Recht, auf die Logik der wirtschaftlichen Tatsachen,

muß Oberschlesien bei Deutschland bleiben.

Wir haben alles vermieden, was dem Gegner Gelegenheit bietet, unsre gerechte Sache zu verdunkeln. Die deutsche Grenze nach Oberschlesien ist gesperrt, die polnische Grenze ist noch offen. (Hört, hört!) Es geht nicht, daß durch bewaffneten Aufstand sogenannte „vollendete Tatsachen" geschaffen werden. Die Demokratie hat ihren Ausdruck erhalten durch das Plebiszit. Die Mächte, deren Verfassung demokratischen Charakter hat, müssen

---

Das Eisen im Feuer.

Roman von Klara Viebig.

(51. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Johanna Henze hatte keinen guten Schlaf; sie lag viel wach, besonders, wenn ihr Mann den Rest der Nacht, die er außen verbracht hatte, drüben im Glashaus auf dem Kanapee des Privatkontors lag. In solch dunkeln Stunden, in denen sie mit brennenden Augen ins Finstere starrte, sagte sie sich: wie lange noch, und auch Helene verließ sie, folgte dem Mann, an den sie ihr Herz gehängt hatte. Der Einsame drückte ihr heißes Gesicht ins Kissen — er hatte einen Jungen, einen kleinen Jungen! Dieser Gedanke ließ sie nie mehr los. Und doch hatte sie nicht das Herz, ihn zu befragen. Sie fürchtete seine Offenheit noch viel mehr, als ihr jetzt die Qual der Ungewißheit schrecklich war. Gottlieb hatte zwar zu ihr gesagt: „I wo, Meestern, Hirnjespinste! Wat Sie ooch jehört haben! 'nen kleenen Jungen? — 'nen Kleenen sitzen hat er!" Aber sie hatte ihm nicht geglaubt. Und die Eifersucht war da und schürte: wo — von wem?!

Auf der Flucht vor sich selber eilte die Meisterin oft hinauf zur alten Majunke: ach, wohltun, mit beiden Händen wohltun! Vielleicht verhalf ihr das zur Ruhe! Und dann war auch noch eine heimliche Hoffnung dabei: die Majunke war ja so schlau, die wußte alles, obgleich sie ihre Stube nicht mehr verließ, die sah durch die Wände, die hörte von ihrer Bodenkammer jeden Tritt, die reimte sich alles zusammen. Wußte die Majunke vielleicht, mit wem er sie betrog?!

„Sie weiß et, det ihr der Meister bedrügt," sagte die Alte zu Gottlieb.

Aber Gottlieb bestritt das: der Meister betrog sie nicht! Doch sein Dagegenstreiten hatte nichts Ueberzeugendes, denn er war selber nicht davon überzeugt. Hatte doch der Meister sich nicht geschent, sogar mit Lieschen Krausnick anzufangen! Machte der außerm Hause tun, was er wollte — aber im Hause? Nein, das verbat er sich, er, Gottlieb Thorweg!

In die Bewunderung, die der Lahme stets vor dem Starken gehabt hatte, in seine unbedingte Anhänglichkeit, die dem Meister gehörte, mischte sich jetzt ein Gefühl, das an Empörung grenzte. Das sollte der Henze wohl bleiben lassen, Lieschen in die Backen zu kneifen und ihr nachzugehen in die Küche! Die Meisterin hatte mit Lieschen gescholten; es war auch ungeschickt von ihr, die schöne Tasse zu zerbrechen, — „Gedenke mein" — die Tasse mit dem vergoldeten Henkel und der Trauerweide über der Urne, die noch ein Andenken vom seligen Meister seiner Mutter war. Lieschen weinte, aber daß der Meister sie um die Taille faßte und streichelte: „Weine man nich!" — das war durchaus unnötig. Mußte das Mädchen da nicht ganz verwirrt werden? Sich wohl gar was in den Kopf setzen?! Der Lahme ballte die Fäuste: der Meister sollte sich genügen lassen mit seinen Menschern! Der Reiche durfte dem Armen nicht sein einziges Schaf wegnehmen!

Das kleine, runde Mädchen aus Lübben im Spreewald war Gottliebs Schützling. Erst war es Lieschen so bange gewesen in dem großen Berlin. Der Händler, der immer die Gurken holte aus der Lübbener Gegend, hatte sie auf seinem Wagen mit hergebracht. Er hatte sie vor der Schmiede abgeladen mit ihrer Kiste, war dann weggefahren, hatte ihr nicht einmal gesagt: „Da gehste n. 'rein!" Auf der Straße, die sie entsetzte, weil sie so breit war und so große Häuser hatte, war sie allein geblieben. O je, wäre sie doch daheim! Auf ihre Holzlade hatte sie sich ängstlich gesetzt, die konnte ihr ja sonst gestohlen werden; nicht umsonst hatte man sie in Lübben gewarnt: „Nimm Dir in acht!" Da war Gottlieb gerade aus dem Torweg gekommen; er sah sie sitzen mit rotem Kopfe, mit Augen voller Tränen, und wußte gleich: aha, die Neue! „Na, denn kommen Se man!"

Er hatte sich ihre Holzkiste auf den Buckel geladen, und die war schwer; es war alles darin, was Lieschen besaß. Die Familienbibel allein, die ihr der Vater mitgegeben hatte — das Berlin war ja so schlimm — wog an die zehn Pfund. Gottlieb spielte den starken Mann. Er warf die Kiste von der rechten Schulter auf die linke herum: pah, das war ihm eine Kleinigkeit! Er war ihr vorangeeucht, und, etwas ermutigt, war sie hinterdrein getrippelt: der sah gar nicht böse aus. Er hatte sie der Meisterin abgeliefert, und als er die Küche verließ, in der sie nun stand mit ihren glattgescheitelten Haaren, in dem Kattunkleid, das die roten Arme mit den Grübchen am Ellbogen nackt ließ, hatte er ihr noch begönnernd zugenickt: „Uf den Abend spalte ick Ihnen det Kleinholz!"

Von jetzt ab teilte Gottlieb seine Aufmerksamkeiten zwischen der Alten und der Jungen. Das konnte er doch nun und nimmer zugeben, daß der kleine Pussel aus Lübben die großen Wassereimer selber in die Küche schleppte. Was er auch sonst schon für die Dienstmädchen getan haben mochte, jetzt verdoppelte er seine Hilfe. Er scheuerte auch die Töpfe, die großen Kupferkasserollen der Küche so blank, daß Lieschen Krausnick ihr liebes Gesicht darin spiegeln konnte. Sie war so nett, wenn sie sich darüber freute. Dann patschte sie die Hände zusammen und rief ganz hell: „Herr Gottlieb, ich dank ooch schön!" Und dieses Lieschen, dieses Pusselchen aus Lübben, das er hütete mit den Augen des welterfahrenen Mannes, das wollte ihm der Meister verführen?!

Gottlieb hatte sich immer eines gesegneten Schlafes erfreut — er konnte im Stehen schlafen, wenn er gerade mal Zeit hatte —, jetzt lag er oft des Nachts wach, und dann hatte er Herzklopfen. Er wurde noch blasser, als er schon immer gewesen war, die Kleider hingen ihm am Leib; er racherte sich zu sehr ab, er diente nicht nur dem Meister und der Majunken, er diente auch noch dem kleinen Mädchen aus Lübben im Spreewald.

Hinten im Garten pflanzte er diesen Sommer lauter Brennende Liebe und die weißen Sternblumen, die man zerzupft: „Sie liebt mich — sie liebt mich nicht." Er vergaß ganz, daß diese Blumen Sonne haben wollen, daß sie nicht im Schatten gedeihen. Und eine Bank zimmerte er, die stellte er ans verschwiegenste Plätzchen. Aber die, für die sie bestimmt war, kam nicht herunter, die klapperte in ihrer Küche mit Tellern und Tiegeln und sang dazu mit schallender Stimme:

Müde kehrt ein Wandersmann zurück
Nach der Heimat, seiner Liebe Glück,
Doch bevor er kehrt in Liebchens Haus,
Kauft er für sie den schönsten Blumenstrauß.

Es war Sentimentalität in der Luft, die sich weich und dämmerig auf den Hof herunterfenkte, Sentimentalität, die sich mit dem Lied in die Küche stahl und die Treppen herab in den Hof, hinunter in die Werkstatt und hinein in des Meisters Herz. An den Pfosten der Werkstattür gelehnt, stand Henze und starrte hinauf, über seinen Schuppen weg, übers Nebenhaus weg, immer höher, immer weiter hinaus, in jenen grauen silbrigen Dunst, der über den Dächern der Stadt sich mit dem bläulichen Dufte des Himmels, mit dem rosigen Blute der Abendwolken vermählte.

Auch Helene Schehle träumte. Es war ein Sommer, so warm und schön, wie sie ihn noch gar nicht glaubte erlebt zu haben. Hinterm Glashaus, in dem Garten, der so dunkel war von den alten Bäumen, war doch eine Rose erblüht. Helene stand davor: hier eine Rose?! Und wie sie duftete! Sie roch daran, und dann drückte sie plötzlich ihre Lippen darauf: das war eine Wunderblume. Sie selber kam sich auch wie verzaubert vor. Daß man so glücklich sein konnte, so glücklich, das hatte sie ja noch gar nicht geahnt! —

(Fortsetzung folgt.)

dafür sorgen, daß dieser Willensausdruck zur Geltung kommt. Oberschlesien darf nicht ein neuer Brandherd werden, der Europa aufs neue in Flammen setzt.

Deutschland und Frankreich.

Den Beratungen in den französischen Parlamenten sind wir mit äußerster Spannung gefolgt. An Worten hat es drüben nicht gefehlt, an Worten fehlt es überhaupt in der Welt nicht. (Heiterkeit.) Wie denkt sich denn Frankreich die Lösung der von Briand angeregten Frage: Der demokratische Geist muß sich in Deutschland entwickeln? Sollen etwa solche Erscheinungen, wie die Sanktionen, die Rheinzollgrenze, das Fraternisieren französischer Truppen mit polnischen Aufrührern den demokratischen Geist in Deutschland stärken können? (Zustimmung.) Ist nicht dies ewige Drohen mit dem Schwerte selbst das Gegenteil vom demokratischen Geiste? (Sehr richtig!) Liegt es denn wirklich im Interesse der Welt, dem entwaffneten Deutschland mit ewigen Drohungen entgegenzutreten, die uns nicht zu ruhiger Arbeit kommen lassen. Legt doch endlich die Flinten weg. (Unruhe bei den Komm. Rufe: Wie in Bayern!) Das Schicksal der demokratischen Entwicklung liegt in den Händen der Entente. Der Sieg irgendeiner Diktatur, sei es eines übertriebenen Militarismus in irgendeinem Lande, sei es eines phantastischen Diktators in Oberschlesien, wird den Todeskeim für die Demokratie in Europa legen.

Innere Politik.

Durch die Annahme des Ultimatums ist uns die Freiheit im Innern erhalten worden. Es fragt sich, wie wir sie gebrauchen sollen. Die Richtschnur ist die Reichsverfassung, an deren Durchführung wir ehrlich arbeiten wollen. (Abg. Remmele (Komm.): Lügen Sie doch nicht! — Präsident Löbe: Für diesen unerhörten Zuruf erteile ich Ihnen den zweiten Ordnungsruf! — Beifall bei der Mehrheit, große Unruhe bei den Komm. und Zurufe: Es bleibt doch Schwindel!) Eine solche Entwicklung ist nur möglich, wenn die Regierung jeden Versuch eines gewaltsamen Angriffs auf die Verfassung, von welcher Seite auch immer, rechtzeitig entgegentritt, und das wird sie tun. (Beifall.) Sie wird sich dazu der gesetzmäßigen Mittel bedienen und von Ausnahmevorschriften absehen. Der Ausnahmezustand in Groß-Hamburg wird im Einvernehmen mit den Hamburger Behörden sofort aufgehoben werden, auch im übrigen soll der Ausnahmezustand, wo er besteht, möglichst schnell abgebaut werden. (Zwischenrufe b. d. Komm.: Bayern!) Die Ernährungslage der deutschen Bevölkerung hat sich jetzt etwas gebessert, auch die Beschaffenheit der Nahrungsmittel hat sich gehoben. Die Regierung wird die landwirtschaftliche Produktion mit allen Mitteln zu heben suchen, um möglichst rasch ein günstiges Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot herzustellen und

eine Preissenkung zu erreichen.

Die Zuschußwirtschaft des Reiches muß aufhören. Die Preise für Lebensmittel sowie Löhne und Gehalte müssen in richtiges Verhältnis zueinander kommen. (Adolf Hoffmann (Komm.): Proletarier, zieht den Riemen enger!) Das deutsche Volk ist in seinem Vertrauen auf Stimmen aus dem Ausland oft schmählich betrogen worden. (Sehr wahr! rechts.) Trotzdem läßt es die Hoffnung nicht sinken, daß draußen der Sinn für Recht und Gerechtigkeit, der in unserm Volke nie erloschen ist, zu neuem Leben erwacht. (Adolf Hoffmann: Der Fuchs predigt den Gänsen. Wer ist denn da die Gans? — Heiterkeit.) Wir erwarten, daß die Engländer und ihre Führer uns das geben, was man fair chances nennt, und daß sie einem Volke, das schon so Unmenschliches geleistet hat, seinen schweren Weg erleichtern. (Lachen rechts.) Der Spott, als ob ein Optimismus falsch wäre, ist wirklich nicht am Platze. Die Reform, die notwendig ist, darf nicht damit beginnen, daß der nationale Sinn im Volke schnöderweise erstickt wird. Die Unterdrückung irgendeiner Nation hemmt die Geschichte der ganzen Welt und die großen Menschheitsgedanken. Die nationalen Gedanken in diesem ethischen Sinne können sich aber nur entwickeln auf einer demokratischen Basis, die sich loslöst von dem reinen Machtprinzip. (Unruhe b. d. Komm.) In der Entwicklung der ganzen Welt werden die

geistigen, ethischen und wirtschaftlichen Fragen

mindestens eine ebenso große Rolle spielen, wie die Machtentfaltung. Zum Schlusse rufe ich Sie alle, ohne Unterschied der Partei, zur Unterstützung dieser Bestrebungen auf. Bei der Auswahl des Wiederaufbauministers Dr. Rathenau hat sich die Regierung von jeder parteipolitischen Erwägung ferngehalten und ist nur dem Gedanken gefolgt, eine organisatorische Kraft zu finden, die sich während des Krieges bereits bewährt hat. (Unruhe rechts.) Helfen Sie uns, den Bestand unsers Volkes nicht abhängig zu machen von einem kleinen Kreise von Schiebern und reichen Leuten, sondern stärken sie ihn, so daß wir die notwendigen minanziellen Leistungen vollbringen können. Diese Bitte richte ich auch an diejenigen, die gegen die Annahme des Ultimatums waren, denn sie werden uns zuerkennen, daß wir uns für die Annahme aus der ehrlichen Ueberzeugung für das Wohl unsers Vaterlandes entschieden haben. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. — Rufe bei den Komm.: Amnestie!)

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, wobei gegen die beiden Rechtsparteien Anträge über die Erwerbslosenfürsorge und Anträge über Sondergerichte und Ausnahmezustand auf die morgige Tagesordnung gesetzt werden, vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr: Interpellationen, Antrag über die Erwerbslosenfürsorge, Besprechung der Regierungserklärung in Verbindung mit den nachhängigen und kommunistischen Anträgen über Sondergerichte und Ausnahmezustand. — Schluß 6 Uhr. —

Goldene Berge.

An der Eisenbahnlinie Neidenburg—Ortelsburg, in der Nähe des Dorfes Muschaken, dicht an der polnischen Grenze in Westpreußen, liegen die „Goldenen Berge", eine Gruppe von Hügeln. Die Bewohner dieser Gegend hat, wie wir schon einmal erwähnten, ein verhängnisvoller Wahn, ein merkwürdiger Massenaberglaube ergriffen. Durch die Träume eines blinden Greises aus dem Dorfe Jablonken ist der Glaube entstanden, daß sich in dem Haupthügel der „Goldenen Berge" eine vor zweitausend Jahren verzauberte Stadt befindet, die durch Teufelsbeschwörungen der Einwohner von Ostpreußen aus ihrem Schlafe befreit werden und die Betenden mit Goldschätzen überschütten wird.

Aus diesem Anlaß strömen seit einigen Wochen aus der nahen und weiten Umgegend allsonntäglich Tausende von Masuren und Bewohner der andern Provinzteile zusammen, um die goldene Stadt aus ihrem Schlafe zu erwecken. Alle Berufe, Altersklassen und Konfessionen erscheinen zu diesen Teufelsbeschwörungen. Fahrende Boten bringen jedesmal die Kunde von dem nächsten Treffen von Ort zu Ort. Man kommt mit Gespannen, mit Fahrrädern, in Automobilen, man kommt geritten, Hunderte und aber Hunderte benutzen die Eisenbahnen, so daß die Kleinbahn den unerwartet großen Verkehr der „Muschaken-

Jeder Sozialdemokrat

dem seine Ueberzeugung Herzenssache ist, muß für die weiteste Verbreitung der sozialistischen Gedanken Sorge tragen. Er kann das am besten, wenn er unausgesetzt für die sozialdemokratische Presse neue Leser wirbt. Denn jeder seiner Freunde und Bekannten, jeder Arbeiter, Angestellte, Beamte, kurz, jeder wirtschaftlich Abhängige

muß die „Volksstimme" lesen.

Pilger" gar nicht bewältigen kann. Am Fuße des Goldbergs wurden zahlreiche Buden errichtet, deren Besitzer, mit ihnen auch die Gastwirte, die besten Geschäfte machen.

Die blinde Greis, durch den dieser Wahn entstand, ist ein Holzfäller, der früher wegen seiner Trunksucht berüchtigt war. Er erzählte eines Tages, daß er allnächtlich den Besuch von drei herrlich schönen jungen, guten Geistern erhalte, die ihm andauernd befehlen, die Masuren zur Erlösung der im Goldenen Berge verzauberten Stadt aufzurufen. Die Erscheinungen quälten ihn allnächtlich, drohten, ihn völlig zu einem Krüppel zu schlagen, wenn er nicht ihren Wünschen in allen Einzelheiten gehorchen würde. Im April wanderte der Blinde aus seinem Dorf auf die zwölf Kilometer entfernt liegenden Goldenen Berge und er will einen erquickenden Gesang aus dem Innern des verzauberten Goldberges vernommen haben.

Bewohner des Dorfes Muschaken, die seinen wirren Erzählungen aufs Wort glaubten, verabredeten sich, am nächsten Sonntag auf dem Goldenen Berge zusammenzukommen und durch gemeinsames Hersagen alter masurischer Zauberformeln und Gebete die Verzauberten zu befreien. Als die „Retter" ankamen, hatten sich schon Hunderte alter Bäuerinnen und Bauern aus dem Umkreis eingefunden, wo die Geschichte des Alten ebenfalls bekanntgeworden war. Der „Geisterbeschwörer" sagte ihnen, die Geister hätten ihn dazu auserwählt, die Teufelsbeschwörungen zu leiten und für eine ständige Fühlungnahme mit den Wohlfahrtsengeln zu sorgen. Zum Danke für die Mithilfe bei den Teufelsbeschwörungen erhalte nach erfolgter Erlösung jeder Goldene-Berg-Pilger von den Geistern zunächst einen vergoldeten Kranz und eine Goldschleife.

Seither stehen nun die Masuren auf dem Hügel, oft auch nachts, trotz Regen und Wind und beschwören die Teufelsgeister durch andauernde, in masurischer Sprache gesprochene und gesungene Gebete und Formeln. Der Blinde hat auch einen zweiten, jüngern Mann zu Seite, der den Leuten erzählt, auch er habe den Gesang aus dem Innern des Berges gehört und Besuche der Geister empfangen. Er will auch schon im Berginnern gewesen sein und eine große Stube mit lauter goldenen Blechbüchsen gesehen haben, die für die Beter als Belohnung gehören. „In einem andern Raum," berichtet er den Besuchern, „saß der König mit einer Krone auf dem Thron. Und dieser König kommt, wenn sich der Goldene Berg demnächst öffnen wird, mit all seinen Schätzen heraus, um der König aller Könige zu werden. Und mit dem Golde, das wir aus der Stadt nach der Entzauberung erhalten, zahlen wir unsre Kriegsschulden an die Entente."

Jeder Unbefangene kann dem Manne den Wahnsinn von der Stirn ablesen. Aber die Getreuen der beiden Hellseher sind von der Wahrheit ihrer Angaben so überzeugt, daß schon verschiedene Aufklärer Gefahr gelaufen sind, von der Menge mißhandelt zu werden. Eine reiche Gutsbesitzerin, die von den Prophezeien vom Goldenen Berge stets zur Teufelsbeschwörung mitgenommen worden war, ist wahnsinnig geworden. Den ersten Opfern der Sage vom Goldenen Berge werden aller Wahrscheinlichkeit nach bald weitere folgen. —

Kleine Chronik.

Das „Attentat" von Spandau. Am 1. Juni verhaftete Ueberwachungsstelle am Lehrter Bahnhof in Berlin einen Man der 50 Gewehre nach Spandau bringen wollte. Auf Befrag gab der Verhaftete an, daß diese Gewehre für das Attentat Spandau bestimmt seien. Nachdem sich herausgestellt hatte, es sich um einen Film handelt, der den Titel „Das Attenta führt, und der mit Genehmigung der zuständigen Militärstell in Spandau aufgenommen wird, konnte man sich noch nicht weiteres zur Freilassung des Verhafteten entschließen. Erst Bemühungen der beteiligten Filmgesellschaften Nadio-A.-G. lang es, die Polizei von der Harmlosigkeit des Transports überzeugen. —

Sind Sterbende zuverlässige Zeugen? Von dem außer ordentlichen Kriegsgericht wurde am 12. Dezember 1919 Schlosser Otto Meyer aus Friedrichshagen wegen versuchte Mordes zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren und 10 Jahr Ehrverlust verurteilt. Nach der Anklage sollte Meyer zusamm mit seinem Vater und einem dritten Unbekannten in Friedrich hagen gewildert und beim Wildern von einem Gendarmen e tappt worden sein. Zwischen den Wilderern und dem Gendarm entwickelte sich ein Feuergefecht, in dessen Verlauf der Gendar angeschossen und der Vater des Meyer tödlich verwundet wurd Nachdem der Gendarm Verstärkung erhalten hatte, ging er a den sterbenden Meyer zu und fragte: „Wer ist der zweite Halun der bei Ihnen gewesen ist?" Der Sterbende antwortete: „D war mein Sohn!" Auf Grund dieser Bezichtigung wurde d junge Meyer verhaftet. Er bestritt, an der Tat irgendwie b teiligt gewesen zu sein, wurde aber auf Grund der Aussage d Försters angeklagt und verurteilt. Von dem mit der Wiede aufnahme des Verfahrens beauftragten Verteidiger wurden be schiedene Gutachten ärztlicher Kapazitäten darüber eingeholt, überhaupt ein Sterbender in der Lage sei, den Sinn einer Fra die an ihn gerichtet wird, klar zu beantworten. Die Sachve ständigen kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß den B kundungen des sterbenden Meyer kein Wert beizulegen sei, d vielmehr die Möglichkeit bestehe, daß der Sterbende die Fra des Gendarmen gar nicht verstanden habe. Auf Grun dieser Gutachten ist nunmehr von dem Verteidiger die Wieder aufnahme des Verfahrens beantragt worden. —

Sein Größenwahn. Der Berliner Lehrer-Gesangverein b findet sich im Besitz der Kaiserkette, die er in dem Fran furter Gesangswettstreit von 1913 erworben hat. Auf eine A frage in Amerongen, wem dieser Ehrenpreis in Zukunft gehör soll, ist eine Antwort erfolgt, die nach dem „Lokal-Anzeiger" b sagt: „Der Kaiser stehe auf dem Standpunkte, die Kette blei im Besitz des Berliner Lehrer-Gesangvereins, „bis ein neu Gesangswettstreit durch einen neuen Kaiser ausgeru wird". —

Vom Oberleutnant zum Hoteldieb. Eine Offizierstragöd entrollte sich in einer Verhandlung vor dem Schöffengeric Berlin-Mitte. Wegen Diebstahls war der Oberleutnant a. D Karl Livonius angeklagt. Der Angeklagte entstammt ein alten preußischen Offiziersfamilie. Der Angeklagte hat ein se wechselvolles Schicksal hinter sich, war Kriegsfreiwilliger u wurde wegen besonderer Tapferkeit vor dem Feinde zum Obe leutnant befördert, bis ihn schließlich eine schwere Verwundu zwang, aus dem Heere auszuscheiden. Er versuchte nun, s durch irgendeine Tätigkeit den Lebensunterhalt zu verdiene Alle Versuche schlugen fehl. Er versetzte nach und nach seine g ringen Habseligkeiten, bis er eines Tages obdach- und mittell auf der Straße stand. Als er einen seiner Brüder um ei Unterstützung anging, erklärte ihm dieser, wie der Angeklagte b Gericht behauptete: „Mache ein Ende mit Dir, damit D der Familie keine Schande bereitest!" Er gab ihm 150 Mark m dem Rat, eine Flasche Sekt zu trinken und sich dann die Pulsader zu öffnen. Als ein andrer Bruder ihm 1000 Mark gab, legte d Angeklagte, der inzwischen in Schieber- und Spielerkreise g raten war, dieses Geld am Bactisch an, und verlor. Nachdem dann vierzehn Tage im Tiergarten genächtigt und von Brotreste und Kartoffeln, die er auf der Straße fand, seinen Hunger g stillt hatte, versuchte er vergeblich, eine Stellung als Kelln oder Kartoffelschäler zu erlangen. In seiner Verzweiflung b schloß Livonius, aus dem Leben zu scheiden, da ihm aber die Gel mittel zum Kauf einer Waffe fehlten, entwendete er einem ih bekannten Rittmeister einen Ueberzieher. Er benutzte den Erlö um sich Nahrungsmittel zu kaufen. Einige Tage später wurde dabei abgefaßt, als er aus einem offenen Hotelzimmer eine Dame uhr gestohlen hatte. Zu der Verhandlung war Gerichtsarzt Pr fessor Dr. Strauch geladen, der in seinem Gutachten erklärt daß er begründete Zweifel habe, ob sich der jetzt wieder geist völlig gesunde Angeklagte zu jener Zeit nicht noch in einem Z stand krankhafter Störung der Geistestätigkeit befunden hab Das Gericht kam auf Grund dieses Gutachtens dem Antrag d Amtsanwalts gemäß zu einer Freisprechung. —

Zwölf Millionen Mark beschlagnahmt. Eine große Kapita verschiebung, die unmittelbar vor der Ausführung stand, ist d der Berliner Kriminalpolizei vereitelt worden. Polizeibeam hatten in Erfahrung gebracht, daß 12 Millionen Mark, die i Depot einer Berliner Großbank lagen, nach Holland verschob werden sollten. Sie ermittelten, daß der holländische Edelstei händler Hartoch Veensdragen und ein ukrainischer Großgrun besitzer Kurt Kollmann, der gegenwärtig in Liebenwalde lebt, ih Hand im Spiele hatten. Beide Personen wurden verhaftet. D Kriminalpolizei beschlagnahmte den Millionenbetrag, der zw Mühlenbesitzern gehört. —

zwingen: einmal wird und muß eine Zeit kommen, da das Unrecht an den Deutschen in den Alpenländern gutgemacht wird.

Ueber eins müssen wir uns aber klar sein: Deutsche gibt es in den Alpenländern nicht erst seit dem November 1918. Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Deutschen im Reich und in Oesterreich hatte man schon fast vor 100 Jahren erkannt, und die Vorkämpfer der Demokratie schwärmten für ein Großdeutschland, um dessen Farben willen — schwarzrotgold — sie in die Gefängnisse gingen. Dynastische Rücksichten — hie Hohenzollern, hie Habsburg — waren das stärkste Hindernis für den Zusammenschluß. Noch vor und während des Krieges wäre jeder wegen Hochverrats in die Festungen oder Zuchthäuser des kaiserlichen Deutschlands gewandert, der es gewagt hätte, Abstimmungen über den Zusammenschluß zu veranstalten.

Daran müssen die Deutschnationalen und ihre Mitschreier aus der Deutschen Volkspartei erinnert werden, die jetzt so tun, als wäre der Zusammenschluß aller Deutschen von jeher ihre Sache gewesen. Sie sollten ehrlicherweise wenigstens eingestehen, daß erst die Absetzung der Hohenzollern und der Habsburger den Zusammenschluß der deutschen Länder in den Bereich der Möglichkeit gebracht hat. Unsre Nationalisten haben wirklich kein Recht, sich über Vergewaltigung zu beklagen, denn sie waren bis zum November 1918 die eifrigsten Verteidiger des Zustandes, den die Entente auch für die Zukunft erhalten will.

Das Burgenland.

Aus Westungarn wird uns geschrieben:

Als Karl Habsburg bei seinem Osterausflug nach Ungarn in Steinamanger saß und hinter den dicken Mauern des erzbischöflichen Palais mit Klerikern und Offizieren beriet, da lancierte der geschickte Propagandadienst der Habsburger die Nachricht, daß Karl in Westungarn überall begeistert empfangen worden sei. Wie das hier bekannt wurde, wunderte man sich nicht wenig: man war eher empört über die Unverfrorenheit der „königlichen" Nachrichtengeber. Solange sich Zitas Pantoffelheld hier herumtrieb, war nirgends etwas von Begeisterung oder herzlicher Aufnahme zu spüren. Eisiges Schweigen, dumpfes Bangen lag über Westungarn. Wie sollte es auch anders sein, da wir doch alle wußten, daß der Ausgang des Abenteuers auch auf unser Burgenland und sein Schicksal unheilvollen Einfluß haben konnte.

Die Bevölkerung unsers 4200 Quadratkilometer umfassenden Gebiets ist, von einigen wenigen Enklaven abgesehen, rein deutsch. Drei politische Parteien gibt es im Lande, von denen die stärkste die Christlichsozialen darstellen; sie dürften 60 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen; dann die Großdeutschen mit 22 Prozent und die Sozialdemokraten mit 18 Prozent. Nicht einmal unter den Christlichsozialen gibt es einen Flügel, der für einen Anschluß an Ungarn eintritt, und nicht einmal unter den Großdeutschen eine Gruppe, die an die Monarchie denkt. Die Begeisterung für Karl, von der damals in den Blättern zu lesen war, kam lediglich von den zugereisten Budapester Legitimisten, die freilich reichlich Geschrei machten; bis der Abschied kam, der gerade uns Deutschen Westungarns die Herzen erleichterte.

Nach den Friedensverträgen soll Deutsch-Westungarn an Oesterreich kommen; die ganze Bevölkerung des Landes wünscht nichts andres und wartet nur sehnlichst auf die Ratifikation der Verträge von Sèves und St.-Germain in den alliierten Parlamenten. Hier liegt der dunkle Punkt. Frankreich, das von seinem Schützling Ungarn nach allen Arten bearbeitet wird, zögert noch. Und so leben wir hier immer noch im Zweifel, ob nicht eine unglückliche Wendung uns neuerdings in die Bedrückung der Madjaren zurückführt, in das Joch des über kurz oder lang kommenden ungarischen Königreichs. Banger Kummer quält die Herzen unsrer Volksgenossen, daß die Intrigen der Budapester in Paris Erfolg haben möchten. Es sei nur erwähnt, daß der ungarische Gesandte in Paris vor keiner Lüge zurückscheut, um die Franzosen umzustimmen. Man muß leider sagen, daß ihm dies so halb und halb bereits gelungen ist, indem er in Paris von der Stärkung des Deutschtums durch den Anschluß Westungarns an Oesterreich Gespenster an die Wand malte. Unsre Hoffnung geht dahin, daß die andern Alliierten das Selbstbestimmungsrecht der Völker achten werden. Es hat kein Plebiszit stattgefunden; jedes Kind aber weiß, wie es hier ausgehen würde.

Warum wollen die Ungarn das Burgenland? Gewiß nicht um ihrer Liebe zur Bevölkerung willen, sondern allein wegen der Schätze des Landes. Es gibt hier Kohlen, Kupfer, Antimon, entwicklungsfähigen Getreidebau und billige Arbeitskräfte für die ungarischen Großgrundbesitzer. Der Reichtum unsrer westungarischen Heimat ist um vieles größer als der Flächenumfang. Es ist also nicht allein das allgemein bekannte Expansionsbedürfnis der Madjaren, das sie bei ihrem Kampf um unser Land treibt, sondern auch das lockende wirtschaftliche Ausbeutungsobjekt. Wir wissen nur zu gut, daß man uns von Budapest her stets nur unterdrückt und ausgepowert hat; wir wissen, daß unsre Rückständigkeit in der Landwirtschaft — der Bauer bearbeitet hier das Land heute noch mit den gleichen Hilfsmitteln wie vor 80 Jahren — nur den Madjaren und ihrer Herrschaft zu danken ist.

Die ungarischen Bajonette, unter deren Gewalt wir heute noch stehen, lassen keine freie, gerechte Volksabstimmung zu. Diese wird aber in irgendeiner klaren Form kommen, sobald das Land von seinen Peinigern befreit ist. Wir hoffen, daß dies noch in diesem Sommer geschieht; die Sehnsucht danach im Land ist so groß, wie die falschen Berichte über den Empfang Karls die damalige angebliche Begeisterung schilderten. Wir kom[illegible] nicht mit leeren Händen; das verarmte, hungernde [illegible] uns ein Hinterland bekommen, das seine Not wesentlich zu lindern vermag. Das Burgenland ist von ganzem Herzen deutsch; es will sein Letztes geben für den deutschen Vorort im Osten, für Wien, das nach der Ansicht der ganzen Welt mehr als bedürftig ist; es hat nichts übrig für Ungarn und seine monarchistischen Gedankengänge. Darüber sind alle Parteien, die ganze Bevölkerung einig. Man soll auch im großen deutschen Mutterland an uns denken, und dort vor allem nicht daran zweifeln, daß wir gut deutsch und gut republikanisch sind! —

Die rote Zone.

In den letzten Tagen haben sich die Leiter der französischen Diplomatie für einen sehr wichtigen Schritt festgelegt. Es ist beschlossen worden, daß ein Teil des zerstörten Nordfrankreichs durch deutsche Arbeit wieder aufgebaut werden soll. Aristide Briand hat von der „roten Zone" gesprochen, die durch deutsche Arbeiter vorübergehend zum Zwecke der Wiederherstellung besiedelt werden soll.

Die „rote Zone"! Das Wort ist vielsagend. Vielleicht ist dieser Beschluß in seinen Folgen weittragender wie manche andre Entscheidungen der Ententediplomaten, die mit viel mehr Sensation angekündigt wurden. Das Einrücken friedlicher deutscher Arbeiter in Nordfrankreich wird die Frage der Sanktionen viel durchgreifender zur Entscheidung bringen, wie es die militärische Besetzung des Ruhrgebiets jemals erzwingen kann.

Während des Krieges war das zerstörte Gebiet in Nordfrankreich das „Niemandland". Dort hatte der Krieg gehaust, moderne Heere mit den höchstentwickelten Zerstörungsmitteln ihrer Kriegstechnik standen sich gegenüber. Die Granaten hatten den Boden aufgewühlt, Flammenwerfer die Wälder abgemäht. Die aus dem Felde haben übereinstimmend jenen furchtbaren Eindruck wiedergegeben: Kein Haus steht mehr unversehrt, Dörfer sind verschwunden, das Landschaftsbild ist derart zerstört und verändert, daß seine Heimat nicht derjenige finden würde, der dort geboren ist. Das ist das Niemandland.

Auch darüber haben wir Berichte erhalten: deutsche Arbeiterführer sind nach Beendigung des Krieges im Auftrag unsrer damaligen Regierung durch diese Wiederaufbaugebiete gefahren und haben bestätigt, daß der Anblick dieser Kampfstätten furchtbar ist. Und zugleich kam ebenfalls übereinstimmend zum Ausdruck, daß deutsche Arbeiter ihr Land nicht so lange in diesem Zustand gelassen. Keine Energie war ersichtlich, selbst die Hand ans Werk zu legen und aus eigner Kraft sich wieder einzurichten. Die Stätten blieben verfallen, und wo Menschen sich wieder ansiedelten, führten sie das Leben von Höhlenbewohnern. Kein großzügiger Plan im Aufbau, keine durchgreifende Unternehmerarbeit, die Wüste wieder zu einem menschenwürdig bewohnbaren Lande zu machen. Die Wiederaufbauarbeit ging so langsam vor sich, gehemmt und gelähmt durch mancherlei Maßnahmen, daß man die Ziele einer bestimmten Politik annehmen darf. Es war agitatorisch und um der französischen nationalistischen Politik viel wirksamer, für die Neugierde und Sensationslust reicher Amerikaner hier „Sehenswürdigkeiten" mit bewußter Stimmungsmache gegen Deutschland zu zeigen.

Aber auf die Dauer kann man auch das französische Volk damit nicht befriedigen. Die Bewohner Nordfrankreichs müssen wieder wirklich wohnen und leben können, und so hat sich Briand zu einer Aenderung seiner Politik veranlaßt gesehen. Die Bekanntgabe der Zulassung deutscher Arbeitskräfte hat ihm in der Kammer bezeichnenderweise „Beifall von links" eingetragen. In der Zielrichtung dieser Politik liegt freilich auch für Frankreich nicht die Verwirklichung nationalistischer Bestrebung, sondern ernste und wirksame Vorarbeit für die Versöhnung der Völker.

Deutsche Sachverständige sind nun nach Nordfrankreich abgereist. Deutsche Technik und deutsche Arbeit wird sich dort betätigen und die Dinge wirken sich aus, wie es die Not der Zeit verlangt. Die „rote Zone" aber wird für die Zukunft nicht mehr dazu dienen können, um zu zeigen, wie grausam und furchtbar der moderne Krieg ist, sondern die Stätten fleißiger Arbeit werden den Ausblick geben können, daß auch diese schlimme Zeit in ihren Wirkungen auf die Völker und Völkerbeziehungen untereinander überwunden werden kann, wenn die Vernunft sich durchsetzt.

Als einen Schritt weiter auf dem Wege zur Vernunft aber können wir dieses Ereignis betrachten, daß in absehbarer Zeit deutsche Arbeiter in die „rote Zone" einziehen, um in friedlicher Arbeit gemeinsam mit dem französischen Volke das aufbauen zu helfen, was der unselige Krieg zerstört hat. —

Notizen.

Die deutschen Holzhäuser. Zu der Lieferung deutscher Holzhäuser für Frankreich berichtet der „Temps", daß die französischen Sachverständigen die reinen Holzbauten vermutlich den Holzhäusern mit Steinunterbau vorziehen werden, da ihnen daran liege, daß die Errichtung der Häuser möglichst schnell erfolgt. Es handelt sich bei der Bestellung um 15 000 bis 20 000 Arbeiterhäuser, 6000 bis 7000 Steigerhäuser und 1000 bis 1500 Häuser für Ingenieure. Französische Arbeiter werden in die deutschen Fabriken geschickt werden, um die Montierung der Häuser dort kennen zu lernen, so daß deutsches Personal nur in beschränktem Umfang nach Frankreich zu kommen braucht. Man nimmt an, daß nur einige deutsche Ingenieure zur Ueberwachung der Arbeiten erforderlich sein werden. Der „Temps" stellt fest, daß die deutschen Häuser nach den Modellen durch „Eleganz, Solidität und Behaglichkeit" ausgezeichnet zu sein scheinen. —

Der französische Kriegsminister in Mainz. Ein prunkvoller Empfang mit Absperrungen größten Stils und stundenlanger Unterbrechung des öffentlichen Verkehrs wurde am Mittwoch nachmittag für den französischen Kriegsminister Barthou in Mainz veranstaltet. Barthou befindet sich auf einer Inspektionsreise durch das Rheinland. Die ganze Garnison defilierte vor Barthou vorbei, sogar die Brieftaubenabteilung hatte ihre flachen Käfige auf dem Paradeplatz an der Stadthalle aufgebaut. —

Die erste Milliarde bezahlt. Die alliierte Reparationskommission veröffentlicht folgende Note: Die Bestimmungen des Artikels 5 des Bezahlungsetats vom 5. Mai 1921, die die Zahlung einer Milliarde Goldmark innerhalb 25 Tagen vorsehen, sind in normaler Weise ausgeführt worden. Die Reparationskommission stellt fest, daß die deutsche Regierung sich ihrer Verpflichtung in dieser Hinsicht entledigt hat, und drückt ihr ihre Befriedigung darüber aus, daß sie schon jetzt Maßnahmen für den Rücklauf der Wechsel ergreift.

Der Arbeitsplan des Landtags. Der Aeltestenrat des Preußischen Landtags besprach am Mittwoch die Geschäftslage. Finanzminister Sämisch wird Donnerstag den Haushalt einbringen. Er wird dazu lediglich finanztechnische Ausführungen ohne politischen Charakter machen. Das Haus will sich dann bis Montag vertagen. Am Montag und Dienstag soll die erste Beratung des Haushalts stattfinden. Es sollen zwei Rednerreihen sprechen. Darauf soll der Etat dem Ausschuß überwiesen werden. Um diesem Zeit für kräftige Förderung der Arbeiten zu geben, sollen für die weiteren Tage der Woche keine Plenarsitzungen stattfinden. Man will auf alle Fälle den Haushalt vor Eintritt in die Sommerferien, die voraussichtlich Mitte Juli beginnen werden, verabschieden. —

Es lebe der Ausnahmezustand! Der Reichskanzler hat als Grundsatz der neuen Regierung verkündet, daß ohne Ausnahmezustand regiert werden soll. Bayern pfeift darauf! Es denkt nicht daran, den Ausnahmezustand aufzuheben, im Gegenteil, es verhängt ihn über neue Gebiete, in denen nie während des Umsturzes Unruhen gewesen sind, in denen die Kommunisten sowohl wie die Rechtsbolschewisten einflußlos geblieben sind. Es handelt sich um das Ländchen Koburg, das sich von Thüringen losgesagt und Bayern angeschlossen hat. Nach einer Bekanntmachung der bayrischen Regierung ist ab 1. Juni der Ausnahmezustand über Koburg verhängt. Das bedeutet nach der bayrischen Praxis ein System von polizeilichen Schikanen und Hindernissen, die den Koburgern bisher unbekannt waren. Die Koburger werden sich darüber freuen! —

Silberschmidt im Wiederaufbauministerium. Der sozialdemokratische Abgeordnete für den Wahlkreis Magdeburg-Anhalt Genosse Silberschmidt ist vom Wiederaufbauminister Dr. Rathenau in das Wiederaufbauministerium berufen worden. Genosse Silberschmidt soll insbesondere für die Berücksichtigung aller gewerkschaftlichen Intressen beim Wiederaufbau Sorge tragen.

Die Vorgeschichte des Krieges. Der erste Unterausschuß des Untersuchungsausschusses des Reichstags über die Vorgeschichte des Weltkriegs hat unter der Leitung des Reichsministers des Innern, Dr. Gradnauer, die Untersuchung über die militärischen Rüstungen und Mobilmachungen, die dem Ausbruch des Krieges vorangingen, beendigt und das Ergebnis in einem zweiten Weißbuch niedergelegt, das soeben der Oeffentlichkeit vorgelegt wird. Das Weißbuch verbreitet sich ausführlich über die militärischen Maßnahmen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Juli 1914 sowie über die Bedeutung der allgemeinen russischen Mobilmachung und legt dann den deutschen Operationsplan dar. Das Buch schließt mit einer Reihe von Feststellungen über die Kräfteverhältnisse der kriegführenden Staaten und tritt damit der Auffassung entgegen, daß die Mittelmächte bei Kriegsausbruch eine erdrückende militärische Ueberlegenheit besessen hätten. Der Unterausschuß hat nunmehr die Untersuchung der ganzen politischen Vorgeschichte des Weltkriegs begonnen. Die Untersuchung wird sich auch auf die Geschichte vor dem Attentat in Sarajevo erstrecken. —

15 Jahre Zuchthaus für einen Kommunistenführer. In Hagen verhandelte das außerordentliche Gericht in dreistündiger Sitzung gegen den Kommunisten Bowensiepen, der am Osterdienstag die Leitung des blutigen und gewalttätigen Kommunistenaufstandes in Händen hatte. Das Gericht verurteilte Bowensiepen zu 15 Jahren Zuchthaus mit der Begründung, daß seine Taten lediglich gemeine Verbrechen seien und mit Politik nichts zu tun hätten. —

Sozialisten in der italienischen Regierung? Die römischen Blätter beschäftigen sich mit der Möglichkeit einer Mitarbeit der Sozialisten in der Regierung. Der Katholikenführer Meda erklärt, daß er die Mitwirkung der Sozialisten oder wenigstens ihre Unterstützung nur begrüßen würde. Der Sozialist Vella erklärt: Mehr als 40 Abgeordnete mit Turati und Caselini an der Spitze streben eine Mitarbeit an, während etwa 50 Abgeordnete der radikalen Richtung Lazzari Gegner jeder unmittelbaren Betätigung in der Regierung seien, sie aber für die Zukunft ins Auge fassen. —

Depeschen.

Gegen die Kommunisten.

* Gießen, 2. Juni. Der Bergarbeiterkongreß lehnte mit überwältigender Mehrheit den Antrag ab, der Moskauer Gewerkschaftsinternationale beizutreten. Trotz einer sehr langen Depesche aus Moskau. Für das Verbleiben bei der Amsterdamer Internationale stimmten 200 Delegierte, für Moskau ganze sieben. —

Wir haben aus unserm Gelegenheitskauf eine Anzahl prächtige Cigarren herausfortiert, die wir ab heute zu unerreicht billigen Preisen zum Verkauf bringen.

Rein Uebersee!! Cigarren von 35 Pf. an. Cigarillos von 20 Pf. an. Rein Uebersee!!

Cigaretten alle führenden Marken. Tabake in reichhaltig. Auswahl.

Cigarren-Centrale Ruben & Co.

Besichtigen Sie unsre Auslagen!

17 Alte Ulrichstraße 17. Telephon 7608. 17 Alte Ulrichstraße 17. 1774

Aus unsrer Lebensmittel-Abteilung

Prima Kernseife Doppelstück	2.10
Badeseife 150-Gramm-Stück	3.50
Blumenseife 100-Gramm-St.	1.95
Gute Bohnermasse 1-Pfd. Dose	9.95
Fliegenfänger . . Stück	0.50
Stücken-Soda . . Pfund	0.95
Stücken-Stärke . . Pfund	7.80
Salmiak-Terpentin-Seifenpulver Pfd.-Paket	2.65
Perfil . . . . . Paket	4.00

Prima **Linsen** Pfund 3.75

Markenfreier **Griess** Pfund 2.50

Prima **Kakao** Pfund 12.00

Tafel-**Schokolade** 100 Gramm 3.80

Himbeersaft ½-Liter-Flasche 12.00

Prima Pflaumenmus aus Früchten, mit reiner Raffinade eingekocht . . 10-Pfund-Eimer 35.00 2-Pfund-Dose 7.00

Apfelwein einschließlich Flasche 5.00 und 20% Steuer

Auslands-**Schinken** in ganzen und halben Schinken . . Pfund 10.00

Auslands-**Schinkenspeck** Pfund 15.00

Auslands-**Rollschinken** ca. 1½ bis 3 Pfd. schwer Pfund 15.00

Geräucherte **Bötel** Pfund 5.00

Maitrank einschließlich Flasche 5.50 und 20% Steuer

Liptauer Käse (Schafkäse) . . . . . Pfund 8.00

Große Salzheringe Stück 25 ₰

Warenhaus Gebr. Barasch

Schafwolle und Wollgestricktes wird gegen Ia. Strickgarn (Kammgarn) umgetauscht. Schafwolle wird zum Spinnen angenommen. — Lieferzeit 4 Wochen.

Verkauf en gros und en détail von 9 bis 5 Uhr täglich. Für Wiederverkäufer billigste Bezugsquelle. —

H. Märtens, Magdeburg, Jakobstraße 33

176 Haus „Blauer Löwe", Telephon 2978.

Einbruch und Diebstahl

tagtäglich; schützen Sie sich, ehe es zu spät ist, durch ein gutes

Sicherheitsschloß

oder durch eine von meinen verbesserten

Schloßsicherungen.

Anbringen auf Wunsch durch mich persönlich. — Anfertigung von Schlüsseln aller Art. — Prüfen von Sicherheitsschlössern kostenlos.

1763 Spezialgeschäft für Diebesschutz

Gustav Brunne, Apfelstraße Nr. 2.

Trockenes Brennholz (Pantheonabfall) 1761 liefert billigst frei Keller **Wilh. Hohmann** Halberstädter Straße 28.

Schlafzimmer Küchen, Sofas, Chaiselongues, Einzelm. Kindermöbel sehr preiswert. Wilh. Babelt, vorm. W. Diesing, Dreienbrezelstraße 4. 1711

Achtung! Ausschneiden!

Alfred Geerhardt

Schneidermeister

Schönebeck, Friedhofstraße 9a

liefert 1570

Anzüge nach Maß

für 65, 80, 90, 100 Mark und höher. Bei gewachsenen Größen und Stellungen 250 bis 300 Mark.

Bei xxx gewachsenen Größe 450—500 Mk.

Hilfe

gegen die erlahmte Kaufkraft!

Die Bekleidungsnot ist sehr groß, es muß unbedingt jedem Einzelnen möglich sein, den dringendsten Bedarf einkaufen zu können.

Die beste Waffe ist, den Zwischenhandel auszuschalten.

Wir verkaufen ohne jeglichen Zwischenhandel

direkt an Private zu Engros-Preisen!

Ihren Bedarf an

Anzug- und Kostüm-Stoffen

aus garantiert reiner Wolle können Sie nirgends billiger und reeller einkaufen als bei uns.

Preislagen Mark 65.00 bis Mark 185.00

Schneidermeister, welche den Anzug elegant mit Garantie für guten Sitz anfertigen, weisen wir Ihnen nach.

„Tuchhand"

Regierungstr. 24 gegenüber dem Kloster Unser Lieben Frauen.

Kein Laden! 1629 Kein Laden!

In allen Arbeitsräumen ist die richtige Zeit unentbehrlich. Dazu sind

Wanduhren

mit gut regulierenden Werken erforderlich. 169

Zu billigsten Preisen

ermöglicht dieses Angebot günstigen Einkauf.

Nr. 103. Ia. Buchenrand, offen Zifferblatt. 8-Tage-Messingwerk, Durchmesser 33 cm Mk. 125.—	Nr. 104. Ia. Buchenrand, offen Glas, Zifferblatt, solides 14-Tage-Messingwerk in geschlossenem Gehäuse, Durchmesser 26 cm Mk. 135.—
Nr. 105. Eiche gebeizt, hell oder dunkel, viereckig, offen, 14-Tage-Messingwerk in geschlossenem Gehäuse Mk. 152.—	Nr. 106. Ia. Buchenrand, Zifferblatt unter gew. Glas, aufklappbar, 14-Tage-Messingwerk in geschloss. Gehäuse, Durchmesser 35 cm Mk. 195.—

Gesetzliche Garantie für jedes Stück

Moosmann n. d. Hauptpost

Moderne Uhren • Schmuck gegr. 1847

Fernsprecher 3951

Mais-Schrot

— garantiert rein und gesund —

in kleinen und großen Posten

ab hiesiges Lager sofort lieferbar

Rudolf Gulde, Breiteweg 188, Telephon 7067

Permalton-Nährextrakt

ein naturreiner, aus besten Vegetabilien hergestellter Extrakt von höchstem Nährwert für Gesunde und Kranke in jedem Lebensalter. Malz- u. Nährextrakt-Werke, Aktiengesellschaft, Braunschweig. Alleiniger Großvertrieb für Regierungsbezirk Magdeburg mit Anhalt: Hoffmann Inh. Freise & Freise, Magdeburg, Breiteweg 181/183, Fernsprecher 8215. 1751

Magdeburger Fischhallen

Fluss- u. Seefisch-Großhandlung

Alte Ulrichstr. 13 Telephon 7262.

Breiteweg 89/90 Telephon 2353.

Wir empfehlen von täglichen Sendungen in bekannt erstklassiger Qualität:

ff. gut. Kabeljau in Ausschnitt	Pfund 1.00	ff. große Seezungen	Pfund 4.00
ff. gut. Seelachs in Ausschnitt	Pfund 1.00	ff. frische Kabeljaus	Pfund 2.00
ff. gut. Schellfisch in Ausschnitt	Pfund 1.00	ff. große edle Heringe	Pfund 4.00
ff. Kaliforn. Weiße Seebrassen	Pfund 6.50	ff. Goldbarsch ohne Köpfe	Pfund 3.50

Dorschleber-Pastete ½-Pfund-Dose 3.25 Mk. — leckeres Kräftigungsmittel für jeden Haushalt, für jeden Touristen. ½-Pfund-Dose entspricht dem Nährwert von 9 Hühnereiern.

ZETKA

Gold und Kork!

Die führende 30-Pfg.-Zigarette!

Mitteldeutsche Zigaretten- u. Tabakfabrik, Halle

Vertreter für Magdeburg, Braunschweig und Altmark F. Esche, Magdeburg, Gustav-Adolf-Straße 28. — Fernsprecher 2198.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 127. Magdeburg, Freitag den 3. Juni 1921. 32. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 2. Juni 1921.

An alle Gewerkschaftsgenossen!

Das Gewerkschaftskartell Magdeburg hat auf Einladung zu der am 3. Juni stattfindenden Versammlung der „Kommunistischen Fraktion der freien Gewerkschaften" ihr folgende Antwort erteilt:

„Es geht nicht an, daß Fraktionen oder Einzelkörperschaften innerhalb des Gewerkschaftskartells öffentliche Versammlungen von sich aus einberufen und die Gewerkschaftsvorstände und den Kartellvorstand einladen und diese vor vollendete Tatsachen stellen. Vielmehr sind zur Einberufung solcher Versammlungen nur der Vorstand des Gewerkschaftskartells und die Ortsverwaltung der jeweils zuständigen Berufsorganisationen berechtigt. Demzufolge lehnt der Kartellvorstand die Beteiligung an der Freitagversammlung ab mit dem weitern Bemerken, daß die Unterschrift auf den Plakaten an den Anschlagsäulen auf Irreführung angelegt ist, da der Vorstand des A.D.G.B. sowohl als auch die kommunistische Fraktion als Einberufer verzeichnet sind. Der Vorstand des A. D. G. B. hat zweifellos mit der Einberufung der Versammlung nichts zu tun."

Wie aus dieser Antwort ersichtlich ist, wird mit der Unterschrift des Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, Mißbrauch getrieben. Dieser sowohl als auch alle andern Vorstandsmitglieder des A. D. G. B. stehen der Sache ganz fern. Die Gewerkschaftsmitglieder werden auf den kommunistischen Schwindel nicht hineinfallen und die „Zellenbildner" unter sich lassen. —

Handarbeit in der Schule.

Nachdem sich in weitesten Kreisen die Ueberzeugung durchgesetzt hat, daß neben der geistigen auch die werktätige Arbeit in der Schule zur Geltung kommen müsse, regt der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einem Erlaß an, an Lehrerbildungsanstalten und Schulen aller Art die Handarbeit der Schüler und Schülerinnen in den Dienst der Schule selbst zu stellen. Bislang hat man dabei nur an Aufgaben gedacht, die sich aus dem Unterricht ergeben. Aber auch das Aeußere des Schulbetriebs und die gemeinschaftliche Betätigung der Schüler in Wandern, Spiel, Sport und Kunst enthalten eine Fülle von Aufgaben, die die Jugend gern übernehmen und selbstlos erfüllen wird, wie sie derartige Aufgaben auch in der Familie erfüllt. Insbesondere wird die Schülerschaft unter Mitverantwortung der Lehrer und Eltern auch mit wirtschaftlichen Angelegenheiten der Schule betraut werden können wie: Pflege des Schulhauses und seiner Umgebung, Herstellung, Ausbesserung und Bewirtschaftung von Lehr- und Lernmitteln, Versorgung mit Spielgerät, Schmuck der Schule und dergleichen mehr.

Eine solche Erweiterung des Schulbetriebs ist nur ausführbar, wenn alle Beteiligten einmütig zusammenwirken und wenn es gelingt, die Kreise des Erwerbsleben, die der Schule nahestehen, zur Bereitstellung von Werkstoff und Werkzeug und zur technischen Beratung geneigt zu machen. Die Behörden, die Schulleiter und Lehrer werden aufgefordert, mit den reifern Schülern, den Eltern und den Freunden der Schule zu überlegen, wie die durch unsre Notlage geforderte Selbsthilfe im Geiste der Arbeitsschule gestaltet und durchgeführt werden kann. Versuche, die freiwillig an geeigneten Anstalten unternommen werden, sollen möglichst tatkräftig gefördert werden. —

— **Sport-Lehrfilme.** In Beantwortung zahlreicher Anfragen teilen wir mit, daß die Sport-Lehrfilme, wie sie am Sonntag den 5. Juni, vormittags 10 Uhr, in den Zirkus-Lichtspielen vorgeführt werden, laut Ausweis der Film-Prüfungsstelle in Berlin auch für Jugendvorstellungen zugelassen sind. Die Elternbeiräte und die Lehrer der verschiedenen Schulen sollten nicht versäumen, diese Gelegenheit zu benutzen, um den Film von einer ganz neuen Seite — und schon rein technisch sehr interessanten — kennenzulernen. Die Nachfrage nach Eintrittskarten ist ziemlich stark, man tut gut, wenn man sich jetzt schon in der Buchhandlung Volksstimme damit versorgt.

— **Immer großzügig.** Die Direktion der Straßenbahn ist immer auf der Höhe. Das erfuhren am 1. Juni alle Inhaber von Fahrscheinheften, die nach 9 Uhr abends fahren wollten. Als sie den Schaffnern ihre Hefte präsentierten, wiesen sie diese zurück. „Eine Mark nach 9 Uhr, meine Herren." Vor dem 1. Juni, als am Tage die Fahrt 75 Pfennig kostete und abends nach 9 Uhr 1 Mark, konnte jeder begreifen, daß nun die Fahrscheinhefte, die nach dem Preise von 75 Pfennig berechnet wurden, keine Gültigkeit mehr hatten. Aber da jetzt bis 11 Uhr abends der Einheitspreis eine Mark beträgt, weiß nur wieder die Straßenbahndirektion, wie diese unverständliche Maßnahme begründet werden soll. Bei zwanzig Fahrten hat der Besitzer eines Fahrscheinheftes einen einzigen Fahrschein gut. Anstatt nun durch eine richtige Politik den Verkehr zu heben, indem diese kleine Vergünstigung auf den ganzen Tag ausgedehnt wird, stößt man das Publikum wieder durch Kleinigkeitskrämerei vor den Kopf. Die Straßenbahn sollte doch endlich einmal zu der Ueberzeugung kommen, daß durch solche Mätzchen ein Defizit auch nicht zu decken ist, sondern daß die Abwandrung aus Verärgerung über diese Maßnahme stärker wird. Hoffentlich begreift man das recht bald. —

— **Keine Reichsbeihilfe zur Erwerbslosenunterstützung bei Streik.** Der Reichsfinanzminister hatte einem Kreiswohlfahrtsamt die Reichsbeihilfe zur Erwerbslosenunterstützung auf 6 Wochen entzogen, weil das Wohlfahrtsamt entgegen den Bestimmungen der Verordnung vom 26. Januar 1920 bei Erwerbslosigkeit, die durch Streik verursacht war, Unterstützung gezahlt hatte. Gegenüber den hiergegen geäußerten Bedenken in der Richtung, daß der Reichszuschuß nur bei Ueberschreitung der Höchstsätze der Unterstützung nicht gezahlt werden könne, hat sich der Reichsfinanzminister erneut auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt, namentlich mit Rücksicht darauf, daß auch der preußische Wohlfahrtsminister in Uebereinstimmung mit ihm die Entziehung der Beihilfe befürwortet hat. —

— **Eine Berichtigung?** Der Angestelltenrat der Reichstrenhandgesellschaft Aktiengesellschaft, Nebenstelle Magdeburg, sendet uns folgende Zuschrift: „Als Vertreter der Angestellten der hiesigen Zweigstelle bitten wir Sie, Ihre Notiz in Nr. 125 Ihrer Zeitung (Wo stammen die Waffen her?) dahin zu berichtigen, daß der Schlußsatz bezüglich Verschiebung von Waffen in großer Zahl durch ungetreue Angestellte für die hiesige Zweigstelle nicht zutrifft, da bisher derartige Schiebungen hier nicht vorgekommen sind. Auch die Betriebsratsmitglieder versichern, daß in Magdeburg Verschiebungen von Waffen nicht vorgekommen sind." — Um so besser! —

— **Pflichtverbände der Krankenkassen.** Der Betriebskrankenkassenverband hat kürzlich der Tagespresse eine [illegible] gehen lassen, die Stimmung zu machen versucht. [illegible] der Reichsregierung, die Krankenkassen zu Zweckverbänden zusammenzuschließen. Die Gegnerschaft gegen die Pflichtverbände, mit denen der Betriebskrankenkassenverband sich zuerst auch einverstanden erklärt hatte, ist nur verständlich aus dem Mißtrauen gegen eine befürchtete Vereinigung der Betriebskrankenkassen mit den Ortskrankenkassen. Der Betriebskrankenkassenverband hat aber bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium selbst anerkannt, daß die Errichtung der Zweckverbände das beste Mittel ist, um die Forderung nach einer Vereinigung sämtlicher Kassenarten zum Verstummen zu bringen. In zahlreichen Bezirken sind solche Zweckverbände bereits freiwillig errichtet worden. In manchen Bezirken wäre die Krankenversicherung ohne solche Verbände nur mit dem doppelten und dreifachen Kostenaufwand durchführbar. In andern Bezirken haben sich die Kassen nur zu losen Vereinigungen zur Erledigung gemeinsamer Aufgaben zusammengetan. Diese Vereinigungen kranken jedoch daran, daß sie keinen sichern Rechtsboden haben. Dem soll der Gesetzentwurf, dessen Grundlagen alle Krankenkassenhauptverbände zugestimmt haben, abhelfen. Durch den Zweckverband sollen die schwierigen Verhandlungen mit Aerzten, Zahnärzten, Apothekern und andern Lieferanten vereinfacht werden. Die Verbände sollen auch die Krankenüberwachung nach einheitlichen Grundsätzen durchführen und, wo die Mittel dazu vorhanden sind, auch für die Unterbringung der Kranken in Genesungsheimen oder für die Errichtung eigner derartiger Anstalten, wie medizinischer Bäder, Zahnkliniken, Genesungsheimen usw. sorgen. Sie sollen alle Aufgaben durchführen, für die der einzelnen kleinen Kasse die Kräfte und die Mittel fehlen. Der Widerstand der Betriebskrankenkassen gegen die Erfüllung solcher gemeinsamen Aufgaben ist bedauerlich, weil er die Entwicklung der Krankenversicherung hemmt und die Gegnerschaft gegen jene Kassenart nur verstärken kann. Die Einrichtung von neuen Verwaltungsstellen und die Anstellung neuer Beamter ist nicht beabsichtigt. Es soll nur durch die Zusammenfassung der jetzt zersplitterten Kräfte Einheitliches und Besseres geschaffen werden. —

Sport-Lehrfilme

Jeder aktive Sportler

jeder der Interesse am Sport hat,

die Turn- und Sportlehrer

an den Volks- und Mittelschulen sollten nicht versäumen, die am Sonntag den 5. Juni, vormittags 10 Uhr, in den —

Zirkus-Lichtspielen

von Verlag und Redaktion der „Volksstimme" veranstaltete Lehrfilm-Vorführung zu besuchen. — Die Filme sind mit Hochfrequenz-Apparaten (Zeitlupe) aufgenommen und sind ein einzigartiges Lehrmittel.

— **Der Streik der Tischler.** Eine außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes beschäftigte sich am 31. Mai mit dem Ausstand der Tischler in den Vertragswerkstätten. Borrmann gab einen kurzen Bericht über den Stand des Streikes, der in der jetzigen Zeit den Streikenden die schwersten Opfer auferlege. Deshalb sei es die heiligste Pflicht der Gesamtkollegenschaft, sich mit den Streikenden solidarisch zu erklären, und ihnen den Rücken zu stärken. Auf diesen Standpunkt hat sich auch die Vertrauensmännerversammlung aller Betriebe und Branchen unsers Verbandes gestellt, indem sie einstimmig den Antrag an die Generalversammlung stellt, Extrabeiträge für die Dauer des Streikes zu erheben, und zwar sollen die Kollegen in den Betrieben, die bewilligt haben, 10 Mark und die übrigen Kollegen, die voll arbeiten, einen Stundenlohn pro Woche leisten. Er empfiehlt der Versammlung diesen Antrag zur Annahme, da es jetzt gelte, den aufgezwungenen Kampf siegreich zu Ende zu führen. Bauer schildert in längeren Ausführungen die Entwicklung dieser Bewegung und das Verhalten des Schutzverbandes, besonders in unserm Bezirk, dessen ganzes Bestreben darauf gerichtet ist, es zu keinem positiven Ergebnis kommen zu lassen, sondern immer alles in der Schwebe zu halten. Deshalb die Ablehnung des Schiedsspruchs vom 2. Mai 1921, obgleich er unsern Kollegen 6 Pfennig pro Stunde weniger zusprach, als ihnen tarifmäßig zustand. Deshalb auch die ablehnende Haltung des Schutzverbandes bei den Einigungsverhandlungen vor dem Demobilmachungskommissar, trotzdem von unsrer Seite bezüglich des Zahlungstermins weitestgehende Zugeständnisse gemacht wurden. Bei dieser Ablehnung beharrten die Arbeitgeber auch noch, als dieser Schiedsspruch vom Demobilmachungskommissar für rechtsverbindlich erklärt worden war, die Kollegen also einen gesetzlichen Anspruch auf diesen Lohn hatten, weil sie ganz genau wußten, daß es für unsre Kollegen in Magdeburg kein gesetzliches Mittel gibt, diesen Lohnanspruch geltend zu machen. Denn die Stellungnahme des Gewerbegerichtsvorsitzenden in Magdeburg, des Herrn Magistratsrats Dr. Goldschmidt, war den Arbeitgebern nur zu gut bekannt. Damit fällt auch der größte Teil der Schuld an dem Ausbruch des Streikes und der damit verbundenen Störung des gesamten Wirtschaftslebens auf Herrn Dr. Goldschmidt als Gewerbegerichtsvorsitzenden, dessen Ansichten in Sachen der Verbindlichkeit von Schiedssprüchen im schroffsten Gegensatz zu den Absichten und Willen des Gesetzgebers stehen. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsache hat denn auch die Vertrauensmännerversammlung einen Antrag an den Magistrat gerichtet, der die Entfernung des Magistratsrats Dr. Goldschmidt von seinem Posten als Gewerbegerichtsvorsitzender fordert. Von unsrer Seite ist alles getan, um den Kampf zu vermeiden, nachdem aber alle gesetzlichen Mittel erschöpft waren, blieb den Kollegen nur der Streik als letztes Mittel zur Anerkennung ihres Rechtes. In Vertretung des Oberbürgermeisters hat dann Herr Stadtrat Prof. Landsberg nochmals eine Vermittlung in diesem Kampfe übernommen, bisher leider noch ohne Erfolg, denn auch der letzte Vermittlungsvorschlag desselben wurde von den Streikenden einstimmig abgelehnt, weil er auf einen Verzicht der Streikenden auf den für verbindlich erklärten Schiedsspruch hinauslief, so daß also vorderhand noch recht wenig Aussicht auf Erfolg dieser Vermittlungsversuche besteht. Darum müßten sich alle Berufsgenossen klar sein, um was es bei diesem Kampfe, den wir im Interesse aller Arbeiter zu führen genötigt sind, und der unter allen Umständen durchgeführt werden muß, eigentlich geht: nämlich um die Anerkennung der gesetzlichen Verordnungen. Die Durchführung ist aber nur möglich, wenn sich alle Verbandsmitglieder mit den Streikenden solidarisch fühlen und den Kampf durch die größte Opferwilligkeit ihrerseits erleichtern.

In der Diskussion traten fast alle Redner dafür ein, daß Mittel für die Streikenden beschafft werden müßten. Nur in der Hinsicht gingen die Ansichten auseinander, indem der eine Teil den Antrag der Vertrauensmännerversammlung noch erweitern will, und der andre Teil vor einer Ueberspannung warnt mit Rücksicht auf die weniger geschulten Mitglieder. Schließlich gelangt der Antrag der Vertrauensmännerversammlung in Verbindung mit einem Zusatzantrag von Wegener — der besagt, daß auch alle vollarbeitenden Kollegen in der Metallindustrie einen Extrabeitrag von 10 Mark leisten sollen — zur einstimmigen Annahme. Weiter erklärte sich die Generalversammlung mit dem Antrag der Vertrauensmännerversammlung an den Magistrat auf Entfernung des Gewerbgerichtsvorsitzenden Magistratsrat Dr. Goldschmidt einverstanden und beschloß, diesen Antrag auch ihrerseits nochmals dringend an den Magistrat zu richten. Einige Anträge von Unger und Meyer auf Ausdehnung des Streikes auf den ganzen Bezirk und auf die Betriebe, die bewilligt haben, sowie einige weitere Anträge, die Extrabeiträge betreffen, werden abgelehnt. Ein Antrag von Unger: seinen wiederholt gestellten Antrag, daß die Bekanntmachungen und Berichte des Verbandes auch in der „Tribüne" erfolgen sollen, auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Nachdem Borrmann noch einiges über die Einziehung der beschlossenen Extrabeiträge erklärt hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem nochmaligen Appell an die Solidarität der Kollegen. —

— **Wegen Urkundenfälschung** stand der 30jährige Kaufmann Hermann Lingenberg am Dienstag vor dem Schwurgericht. Er wird beschuldigt, im August 1919 einen Ausweis, der nicht auf seinen Namen lautete, benutzt und auf einem Eisenbahnfahrtausweis, der zur Lösung von Militärfahrkarten berechtigt, Abänderungen vorgenommen zu haben. Ferner hat er, trotzdem er vom Militär entlassen war, seine Uniform als Offizierstellvertreter weiter getragen. Die Geschwornen verneinen die Schuld der Urkundenfälschung, bejahen aber die Schuldfrage des Betrugs und des unbefugten Tragens einer Uniform. Mildernde Umstände werden ihm zugebilligt. Das Urteil lautet auf 3 Monate Gefängnis und 5 Tage Haft. Da der Angeklagte wegen Taschendiebstählen vom Schöffengericht zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, wird die Strafe zu einer Gesamtstrafe von 4 Monaten 2 Wochen Gefängnis zusammengefaßt. —

× **Gestohlen** wurden: aus einem Lagerraum in der Speicherstraße 50 Pfund Tischlerleim; ein Fahrrad „Exzelsior" Nr. 376067 mit vorn gelber, hinten schwarzer Felge. —

× **Warnung vor einem Betrüger.** Ein angeblicher Oberwachtmeister des 7. Reiter-Regiments betätigte sich hier in den letzten Tagen als Betrüger. Er bot bei Pferdebesitzern Hafer zu billigem Preise an, den er als Futtermeister übergespart und in einer hiesigen Kaserne aufbewahrt haben wollte. Bereitwilligst wurde auch in einigen Fällen auf dieses Geschäft eingegangen und größere Anzahlungen geleistet. Auf den Hafer warten die Käufer vergeblich. Der Betrüger hat Quittungen unterschrieben mit dem Namen Schwaneberg. Er ist etwa 28 Jahre alt, 1,75 Meter groß, Kopfhaar und kurzgeschnittener Schnurrbart ist dunkel, er hat gebräuntes Gesicht und lahmt rechts etwas. Bekleidet war er mit feldgrauem Militärrock mit Oberwachtmeister-Achselstücken, auf denen sich 2 Sterne und die Nr. 7 befindet, schwarzer Tuchhose mit roter Biese und schwarzen Schnürschuhen. Angaben, die zur Ermittlung des Betrügers führen können, erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 59. —

— **Unfall.** Der Arbeiter Wilhelm Sch., wohnhaft Lübecker Str. 124, geriet bei der Arbeit in der Magdeburger Werkzeugmaschinen-Fabrik mit der rechten Hand in eine Fräsmaschine und quetschte sich den Zeigefinger ab. Nach Anlegen eines Notverbandes wurde der Verletzte mit einem Krankenwagen der Krankenanstalt Altstadt zugeführt. —

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Friedrichstadt-Werder. Am Sonnabend den 4. Juni findet im „Werderschlößchen", Mittelstraße 10, eine Gründungsfeier des Arbeiter-Jugendbundes Magdeburg, Bezirk Friedrichstadt-Werder, statt, wozu wir Eltern nebst ihren schulentlassenen Kindern herzlichst einladen. Karten zu 1.00 und 0,75 Mark bei Fr. Schwarz, Kirchstraße 10, E. Biermann, Turmschanzenstraße 1, und im Jugendsekretariat. —

Jungsozialisten. Freitag 8 Uhr Heim, Georgenplatz 10, Aussprache über unsre nächsten Abende und Verschiedenes.

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.

An alle: Karten zur Gründungsfeier im „Werderschlößchen" (Friedrichstadt) bei den Bezirksleitern und im Jugendsekretariat.

Altstadt Süd: Donnerstag ½8 Uhr alte Viktoriaschule, Bismarckstr. 1b Rezitations- und Liederabend. — **Altstadt Nord:** Donnerstag ½8 Uhr Jugendheim, Georgenplatz, Vortrag. — **Defsauer Straße:** Donnerstag 8 Uhr Grafemanns Garten Zeitungsabend. — **Südost:** Freitag Mitgliederversammlung Sonntag Treffen ½2 Uhr an der Post zum Spielen. — **Sudenburg:** Sonntag 7 Uhr Treffen am Eiskellerplatz zur Fahrt nach dem Blocksberg. — **Fermersleben:** Sonntag Treffen 6 Uhr Gemeindeplatz zur Fahrt nach der Zollau Montag ½8 Uhr Vortrag des Genossen Engel über Zuckerfabrikation.

Theater, Konzerte, Vorträge 2c.

Besprechungen.

Städtisches Orchester. Das letzte der Sinfonie-Konzerte fand gestern im Stadttheater statt. Die Orchesterleitung hatte für dieses Konzert, um der Saison einen guten Ausklang zu sichern, etwas Außergewöhnliches aufgespart, die Mitwirkung des Kwast-Hodappschen Ehepaars, insbesondere der Frieda Hodapp, die wohl als beste Pianistin der Gegenwart anzusehen ist. Beide Künstler spielten ein Mozartsches Konzert für zwei Klaviere mit Orchester und Regers Variationen und Fuge über ein Thema von Beethoven, auch für zwei Klaviere. Man muß die Technik der Pianistin kennen, um zu wissen, daß das Mozartkonzert von ihren Händen zu einem kristallklaren Erzeugnis ihrer schöpferischen Genialität wurde. Ihr Partner zeigte sich als der bis ins Feinste einstudierte Begleiter, dessen Wirkung seiner Leistung nur von dem Klange seines Flügels beeinflußt wurde. Das zeigte sich auch bei der Regerschen Musik, die ganz auf die Ebenbürtigkeit beider Instrumente eingestellt war. Reger hat aus Beethoven etwas ganz andres geschaffen. Der alte Meister hat vollständig den schlichten Charakter verloren und bewegt sich in dem phantastereichen Gewand Regerscher Bekleidungskunst. Da die Technik bei Regers Musik für den Künstler keine Rolle spielen darf, so können nur erste Künstler eine derartige Musik spielen. Das Spiel der Variationen wurde in der Tat zu einem prachtvollen Ereignis des Konzertsaales, und bei aller Ablehnung, die Reger nun einmal in der Musikwelt vielfach gefunden hat und finden mußte, muß man dies Werk als einzig in seiner Art bezeichnen, das seinen Namen bis in ferne Zeiten tragen wird. Man dankte den beiden Künstlern in außerordentlich warmer und begeisterter Weise. Das Orchester hatte bei der Mozartmusik an Dr. Rabl einen sichern Führer. Außer den genannten Werken spielte es noch Mozarts Jupiter-Sinfonie und Beethovens dritte Leonoren-Ouvertüre mit schon oft anerkanntem Erfolg. E.

Fürstenhof-Prunksaal. Ein neues Programm! Lustig und spaßig geht es los. Pepi und Gusti Ganzer in der rollenden Hutschachtel sorgen schon dafür, daß beim Lachen niemand zu kurz kommt. Die drei Schwestern Renz leisten in gymnastischen Uebungen auf der Leiter Vorzügliches. Ein lustiger Musikante zeigt unter dauerndem Lachen, daß ein Mensch in der Lage ist, sämtliche Instrumente zu spielen. Ernst Scharff hat sogar eine musikalische Nase. Farbenpracht zeigen die vier Elemente Erde, Luft, Wasser, Feuer. Beifall löst der humoristische Spötter Willi Meybrpk aus. Aber auch er wird die traurige Lage Deutschlands durch seinen Spott nicht ändern und den toten Militarismus nicht wieder zum Leben erwecken. E. A. Sommer-Familie fesselt mit ihren guten Darbietungen. Bewunderung lösen die Billardkünstler Asra und Co. und der japanische Fuß-Jongleur Tabakashi aus. Rudolf Jank gibt durch seinen Gesang dem Ganzen einen guten Rahmen. Läpp und Habel schließen mit ihren urkomischen Spielen das wirkungsvolle Programm. —

Ankündigungen.

Städtische Theater. Stadttheater. Freitag (8. Abend): Die Gezeichneten. — Sonnabend (3. Abend): Der Herr Senator. — Sonntag (außer Anrecht): Rigoletto. —

Viktoria-Theater. Freitag (Vorstellung für den Gewerkschaftsbund der Angestellten): Pension Schöller. — Sonnabend: Bunter Abend. — Sonntag: Der Raub der Sabinerinnen. —

Die Tagung der deutschen Bergarbeiter.

k. Gießer, 31. Mai.

3. Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung kommt ein Begrüßungsschreiben der italienischen Bergarbeiter zur Verlesung. Ein weiteres Glückwunschtelegramm ist eingetroffen von dem Internationalen Rate von Moskau, der gleichzeitig zum Kongreß der dritten Internationale einlädt.

Die eigentliche Tagesordnung beginnt sodann mit dem Korreferat über die Tätigkeitsberichte.

Korreferent Dresch (Saarbrücken) führt aus, daß sich auf diesem Kongreß zwei Weltanschauungen gegenüberstehen. Die eine glaubt durch Demokratie zum Sozialismus zu kommen, während die Opposition den Glauben habe, durch Diktatur das Ziel zu erreichen. Die Frage müsse so gestellt werden: Was ist durch die bürgerliche Demokratie für die Arbeiterschaft erreicht worden. Die Antwort müsse lauten: nichts. Dresch ist der Meinung, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise die Bankrotterklärung des Kapitalismus ist und daß dabei die Kämpfe auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgefochten werden. Die Opposition verlange vor allem Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft. Auch das Internationale Arbeitsamt befriedige nicht die Arbeiterschaft. Alles was zurzeit über Sowjetrußland geschrieben und gesagt werde, seien Lügen und Märchen. Die „Zellenbauer" wollten nur ihre politischen Freunde in den Gewerkschaften sammeln und sie zu guten Gewerkschaftern heranbilden, aber auch um den kommunistischen Geist zu fördern. Wenn die Verbandsinstanzen sich revolutionär umstellten, dann sei auch die Einheitsfront hergestellt. Der Kampf mit dem Kapital müsse aufgenommen werden, damit aus der einen Million Arbeitslose nicht mehrere Millionen würden.

Dann beginnt die eigentliche Generaldebatte über die Geschäftsberichte.

Pieper (Dortmund): Der Kampf dürfe nicht nur geführt werden gegen Unionisten und Syndikalisten, sondern vor allem gegen den Todfeind der Arbeiterklasse, das Kapital.

Bode (Hildesheim) bespricht die Lohnverhältnisse in der Kaliindustrie. In dieser Industrie würden zurzeit die schlechtesten Löhne bezahlt. Das Reichsarbeitsministerium habe Ende 1920 einer Lohnerhöhung zugestimmt, der aber die Unternehmer nicht Rechnung tragen.

Kramer (Saarbrücken) gibt eine Schilderung der Bestrebungen im Saargebiet, die dortige Sozialversicherung von der deutschen zu trennen. Das kommende Reichsknappschaftsgesetz und Reichsberggesetz bringe nur Vorteile für die übrige Kollegenschaft.

Ein Delegierter aus Waldenburg: Man könne das Kapital nicht durch Ueberradikalismus bekämpfen, sondern nur durch sachliche Bildung und Schulung der Betriebsräte, daß diese in der Lage wären, die privatkapitalistische Gesellschaftsform durch die sozialistische zu ersetzen.

Büth (Köln) führt Klage darüber, daß für die Erzbergleute im Siedlungswesen und in der Lebensmittelversorgung zuwenig getan worden sei.

Weilmeier (Hanshamm-München) steht auf dem Standpunkt, daß an den Tarifverträgen festgehalten werden muß. Die Taktik des Verbandsvorstandes sei richtig gewesen.

Engelhard (Suderwich): Das Gerede der kommunistischen Opposition von der Einigkeit sei nicht weit her, denn wer nicht für die Moskauer Richtung sei, der werde von den eignen Klassengenossen terrorisiert.

Kunze (Halle): Im Mansfelder Gebiet versuche man einen Lohnabbau von 6 Mark. Die schweren Kämpfe dort seien zurückzuführen auf die Unterminierungsarbeiten der Ueberradikalen.

De Wet (Holland) überbringt ein herzliches Glückauf der holländischen Kameradschaft. Vorsitzender Husemann gibt noch Kenntnis von einem eingegangenen Glückwunschschreiben der Franzosen, die durch ihren eignen Kongreß verhindert sind, der deutschen Tagung beizuwohnen. Weiter ist ein 18 Seiten langes Telegramm vom Allrussischen Bergwerksverband eingelaufen, das die Grüße von 100 000 russischen Bergarbeitern überbringt. Hierauf werden die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten.

Weimar, 31. Mai.

Pecka, als Berichterstatter der Revisionskommission, konstatiert tadellose Führung der Kassengeschäfte.

Ucko berichtet über die Werbearbeit des Verbandes. In erster Linie müsse fortwährend das Lügengewebe zerstört werden, das gegnerischerseits über den Zentralverband verbreitet wird. Daneben habe man sich bemüht, auch dem Rufe nach grundsätzlich aufklärenden Druckschriften Folge zu leisten. Jedoch der Absatz dieser Schriften ist ungenügend. Das vom vorigen Verbandstag beschlossene Frauenreferat ist vorurteilslos eingerichtet worden. Es dürfe aber nicht dazu führen, etwa ein gegensätzliches Interesse von Frauen und Männern im Beruf zu konstruieren. Es sei nach gleicher Bezahlung von Frauen und Männern für gleiche Leistung zu streben. Was aber die oft gehörte Behauptung anbelangt, daß zu den Frauen am wirksamsten von einer Frau geredet werde, so habe diese Auffassung sich als wenig stichhaltig erwiesen. Alle Erfahrungen laufen dahin, daß man sich fragen: Was soll die Weiterführung eines besonderen Frauenreferats? In Bezirken mit zahlreicher weiblicher Arbeiterschaft möge man tüchtige Kolleginnen als Sekretärinnen anstellen, aber nicht zur Leistung einseitiger Frauenagitation, sondern allgemeiner Gewerkschaftsarbeit. Vor allem aber sei Ausbau des Vertrauensmännersystems zu fördern.

Der Bericht über die Presse wird vom Redakteur Lange gegeben. Fachblätter für die einzelnen Berufskategorien seien neu eingeführt, dagegen die früheren Gaublätter abgeschafft worden. Die Einrichtung der Fachblätter, die zudem bei den bürgerlichen Konkurrenzorganisationen wenigstens nicht in der gleichen Form und Zustellung vorhanden, habe sich gut bewährt. Der Bezug der Zeitungen durch die Ortsgruppen müsse noch zweckmäßiger organisiert werden.

Köller (Verbandsausschuß) berichtete über dessen Tätigkeit, die sich hauptsächlich auf die Behandlung von Beschwerden interner Art (Ausschlüsse usw.) bezogen.

Eine Kommission zur Untersuchung der Beschwerden wird eingesetzt.

Durch eine einmütige Kundgebung gibt der Verbandstag seiner Sympathie und Solidarität für die im schweren Kampfe stehenden streikenden englischen Bergarbeiter Ausdruck.

In der Diskussion beteiligt Kollegin Greetz (Leiterin des Frauenreferats) die Ausführungen Uckos, daß die Führung des Frauenreferats genau den alten Richtlinien nicht hätte vor sich gehen können, ohne die Organisation zu zerreißen. Es bestehen, berechtigt bemüht, eben keine streng geschiedenen Männer- und Frauenangelegenheiten. Der Referentin Vorschlag geht auf Erweiterung des Sekretariats in seiner jetzigen Form durch einen anderen großjährigen weiblichen Verbandsmitglied mit einer Zentralstelle im Hauptvorstand.

Diesen Ausführungen tritt in beredten Grete Weinberg (Berlin) entgegen, die entwickelt, daß es ein gutes und großes Frauenarbeitsgebiet gäbe. Die Frauenfrage könne immer bestehen und sei unerläßlich, solange die volle Befreiung des Proletariats nicht durchgeführt sei. Deshalb sei der von der vorliegenden Frauenangelegenheiten eine besondere und noch stärkere Betreuung als bisher im Verband zu führen, wobei es jedoch auch hierfür Referents nicht auf das starke Festhalten an Namen und alten Gepflogenheiten der bisherigen Zentrale ankomme. —

Der Garten im Juni.

Im Obstgarten ist mit der Ungezieferbekämpfung fortzufahren, wozu auch das Sammeln und Vernichten aller abgefallenen kleinen Früchte gehört, die so oft Larven von Schädlingen enthalten. Beim Spalierobst ist mit dem Sommerschnitt zu beginnen. Die Baumscheiben sind rein zu halten und bei starkem Fruchtansatz zu düngen und zu gießen; bei bleichsüchtigen Bäumen wird dem Gießwasser Eisenvitriol zugesetzt. Ist der Fruchtbehang so groß, daß sich die Früchte nicht ordentlich ausbilden können, so muß er ausgedünnt werden, d. h. es sind die kleinern, madenstichigen und verkrüppelten Früchte zu entfernen. Das Beerenobst ist ebenfalls zu düngen und zu gießen, damit weder Beeren- noch Blattabfall eintritt. Beim Ernten der Erdbeeren sind die Ausläufer abzuschneiden, nur die schönsten Ausläuferpflanzen läßt man an den Stöcken.

Im Gemüsegarten ist ebenfalls zu gießen, von Zeit zu Zeit mit verdünntem Dünger zu düngen und zur Unkrautbekämpfung, Lockerung und Feuchthaltung des Bodens zu hacken. Abgeerntete Beete sind sofort umzugraben, neu zu bepflanzen oder zu besäen. Es kann noch vielerlei gesät werden, z. B. Buschbohnen, Endivien, Rettich, Winterkohl, Rosenkohl, Rüben; auch gepflanzt kann noch werden, z. B. Wirsing, Salat, Endivien, Steckrüben. Das Pflanzen ist am Abend vorzunehmen, die Saaten sind durch Sand, Kompost oder Torfmull vor dem Austrocknen zu schützen. Zu häufeln sind: Erbsen, Kohl, Frühkartoffeln, Stangenbohnen. Der Spargel ist bis Johannis regelmäßig zu stechen, damit der Spargelkäfer keine Gelegenheit zum Ablegen seiner Eier findet.

Verblühte und zu groß gewordene Frühlingsstauden sind Ende Mai, Anfang Juni zu verpflanzen, z. B. Steinbrech, Leberblümchen, Veilchen, Schlüsselblumen usw. Sie werden ausgegraben, geteilt und dann an ihre neuen Plätze verpflanzt, wo der Boden ihren Ansprüchen gemäß hergerichtet sein muß. Es ist der Vorzug dieser Stauden, daß sie bei leidlicher Behandlung und Pflege leicht anwachsen und gut weiterwachsen. Beim Rhabarber erntet man die Blattstiele durch Ausziehen mit dem Stielansatz. Es soll dabei aber höchstens ein Drittel der Blattstiele auf einmal entfernt und dann einige Zeit ausgesetzt werden, damit sich der Stock erholen kann. Bei Gelegenheit schneidet man auch die Blütenstiele ab. Diese dürfen ebenfalls nicht sämtlich auf einmal abgeschnitten werden, sondern nur nach und nach, damit keine Wachstumsstockung entsteht. Bei der Petersilie ist zwischen Schnitt- und Wurzelpetersilie zu unterscheiden. Die Schnittpetersilie kann eng gesät werden, da es bei ihr auf das Grün ankommt, die Wurzelpetersilie muß dagegen ziemlich weit gesät werden, damit sie große, starke Wurzeln geben kann.

Das massenhafte Abfallen junger Früchte hat seinen Grund meist darin, daß der Baum nicht imstande ist, den Ansatz genügend auszubilden. Oft fehlt es an der nötigen Nahrung, mehr noch an dem nötigen Wasser. Es darf mit dem Wässern nicht erst begonnen werden, bis der Abfall der Früchte beginnt, denn dann ist es zu spät, man sorge deshalb rechtzeitig für Wasser und überzeuge sich unter Umständen durch Nachgraben, ob die tiefern Schichten im Obstgarten feucht oder trocken sind — meist werden sie sehr trocken sein, selbst nach Regen.

Fast alle Kübelpflanzen stehen im Laufe des Sommers zu trocken. Es muß täglich, auch bei Regenwetter, nachgesehen werden, ob das Gießen notwendig ist, sonst kann sehr leicht Ballentrockenheit eintreten, und dann ist es mit der Pflanze vorbei. Besonders bei anhaltendem Regenwetter wird angenommen, daß das Gießen nicht notwendig sei, und so merkwürdig es klingt, leiden die Pflanzen gerade bei Regenwetter sehr oft an der Trockenheit. Beim Umpflanzen von Topfpflanzen muß die alte Erde entfernt werden. Man entfernt zunächst die obere nicht von den Wurzeln durchzogene Schicht und lockert dann mit einem spitzen Holz den ganzen Ballen derartig, daß die filzartig verwachsenen Wurzeln entwirrt werden. Die losgelösten Wurzeln, die herabhängen, werden mit einem scharfen Messer zurückgeschnitten.

Das Geflügel ist bei einsetzender Hitze vorsichtig zu füttern, denn das übliche Weichfutter wird schnell sauer und verursacht dann Darmkrankheiten; es ist nicht mehr zu geben, als sofort gefressen wird. Dagegen reiche man viel grünes Futter. Frisches Wasser soll stets vorhanden sein, ebenso gegen das Ungeziefer Sand- und Staubbäder; große Reinlichkeit ist selbstverständlich. — Die Hühner lassen mit dem Eierlegen nach und Glucken setze man nur für Anzucht von Schlachtgeflügel. Gänse und Enten bedürfen dort, wo sie auf die Weide gehen können und natürliche Schwimmgelegenheit haben, nur wenig Beifutter. Dagegen müssen die Tauben gut gefüttert werden, weil auf den Feldern nur wenig zu finden ist. — Den Kaninchen gibt man viel gutes frisches Gras, daneben gesundes Heu, gekochte Kartoffeln, Kartoffelschalen und möglichst etwas Kleie. Säugende Häsinnen sind selbstverständlich besonders gut zu ernähren. Bei den Ziegen erleichtert Weidegang das Füttern, ein kleiner Auslauf sollte zum mindesten stets vorhanden sein. —

Provinz und Umgegend.

Kommunistische Landarbeiterzersplitterung.

Die Gewerkschaftszentrale der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands beruft zum 5. Juni eine Landarbeiterkonferenz nach Berlin ein. Auf der Tagesordnung steht in erster Linie der Punkt „Der Deutsche Landarbeiterverband und die Aufgaben des Landproletariats". In einem Leitartikel der „Tribüne", dem kommunistischen Organ in Halle, das an die Stelle des „Klassenkampf" getreten ist, wird für diese Konferenz eine lebhafte Stimmungsmache entfaltet.

In dem bei den Kommunisten üblichen Tone wird von den „Arbeiterverrätern" und der „Bureaukratie" in der Leitung des Deutschen Landarbeiterverbandes gesprochen. Den bisherigen Landarbeiterstreiken habe die einheitliche Leitung gefehlt; es seien keine wirklichen Verbesserungen im Lohnkampf in diesem Jahr erzielt worden. Die Mitglieder des Landarbeiterverbandes hätten leider daraus vielfach den falschen Schluß gezogen, indem sie dem Verband den Rücken kehrten, anstatt der eignen Kraft bewußt zu sein und die Arbeiterverräter zum Teufel zu jagen und selbst die Führung der Lohnkämpfe in die Hand zu nehmen. In dem in Frage kommenden Aufruf wird ferner davon gesprochen, aus dem Deutschen Landarbeiterverband würden die Mitglieder in Scharen austreten.

Bei den Kommunisten ist der Wunsch der Vater des Gedankens. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse in dem Bezirk Halle, wo die Kommunisten im Jahre 1920 einigen Erfolg ihrer Agitation unter den Landarbeitern buchen konnten, wesentlich anders. Dort hatten die Kommunisten einen Freien Landarbeiterverband gegründet. Schon vor den Unruhen in Mitteldeutschland machte sich in den Reihen der diesem Gebilde eines Herfling und Genossen angehörenden Mitgliedschaft eine unverkennbare Ernüchterung bemerkbar, die ihre Auswirkung in einer immer stärker werdenden Uebertrittsbewegung zum Deutschen Landarbeiterverband fand. Die Belebung dieses Gesundungsprozesses steigerte sich erheblich nach Beendigung der Aufstandsbewegung. Zur Beurteilung des Umfangs dieser Bewegung mag die Erwähnung der Tatsache dienen, daß die Zahl der aus dem Freien Landarbeiterverband Uebergetretenen bereits die Zahl von mehr als 200 beträgt. Die irregeführten Landarbeiter, die den Phrasenhelden gefolgt sind, haben bald eingesehen, daß die Kommunisten keine Erfolge erzielen können. Um die radikale Geste zu wahren, haben die Kommunisten die Auszahlung der Krankenunterstützung und des Sterbegeldes in ihrem Verbändchen abgeschafft. In Wirklichkeit waren sie dies, weil sie finanziell nicht leistungsfähig sind. Trotz aller Bettelei, die Landarbeiter mögen Geld an die kommunistische Zentrale schicken, sind diese solchen Wünschen nicht gefolgt, weil sie den Fähigkeiten der Führer in der kommunistischen Landarbeiterbewegung mit Recht nicht die Zutrauen schenkten.

Nun versuchen die Kommunisten, durch eine Landarbeiterkonferenz sich wieder bemerkbar zu machen und ihr Fiasko bei der Agitation durch viel Lärm nach außen zu verdecken. Der Erfolg dieser kommunistischen Agitation ist zum Teil der, daß die verhetzten Landarbeiter sich der christlichen Gewerkschaft oder gar den gelben Verbänden anschließen. Der Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes weist in Uebereinstimmung mit dem Verbandsbeirat an dieser Stelle darauf hin, daß diejenigen Mitglieder des Verbandes, die an den kommunistischen Bestrebungen, ganz besonders solchen Konferenzen teilnehmen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

An dem gesunden Sinn der Landarbeiter unsers Bezirks wird die kommunistische Zersplitterungstaktik scheitern. Die Landarbeiter werden sich nicht in das Schlepptau kommunistischer Arbeiterschädlinge nehmen lassen und der Konferenz fernbleiben. —

Parteinachrichten.

Burg. Sozialdemokratischer Verein. Am Freitag den 3. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Grand Salon". [2

Kreis Jerichow 1 und 2.

Gerwisch, 2. Juni. (Parteiversammlung.) Am Freitag den 3. Juni findet bei Leutge eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Die letzten Versammlungen waren infolge Mangel an Interesse nicht besonders gut besucht. Es wird diesmal aber von den Genossen erwartet, daß sie zu dieser Versammlung zahlreicher erscheinen. Wichtige Beschlüsse sind zu fassen. Große Aufgaben harren noch ihrer Erledigung. Sollen sie nicht zum Schaden der Abeiterschaft gelöst werden, dann müssen sich alle Genossen mit Interesse der Parteiarbeit widmen, ehe es zu spät ist. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Ausleben, 2. Juni. (Sozialdemokratischer Verein.) In einer gut besuchten Mitgliederversammlung sprach Parteisekretär Bernick über die politische Lage und die neue Regierungsbildung. Er wies nach, daß die bürgerliche Regierung vollständig versagt hat, daß die deutsche Volkspartei, als es galt, das Volk vor weitern Gefahren zu bewahren, sich feig drückte. Mit einer solchen Partei zusammenzugehen, davon kann keine Rede sein. Das Kapital ballt sich immer mehr zusammen, und vereinigt sich zu großen Verbänden. Demgegenüber muß sich auch die Arbeiterschaft mehr denn je in der alten Sozialdemokratischen Partei zusammenschließen. Auch an die Frauen richtete der Referent die Mahnung, sich der Partei anzuschließen, denn auch in unserm Orte sind noch viel zuwenig Frauen in der Sozialdemokratischen Partei organisiert. Nach unsrer Stimmenzahl bei der Wahl, die 80 Prozent der Wähler ausmachte, müßten überhaupt viel mehr Einwohner der Partei angehören. Die Mitgliederzahl im Kreise vermehrt sich ständig. Auch in Ausleben muß eine lebhafte Agitation für Partei und Presse einsetzen. Dann sprach Genosse Bernick auf Wunsch noch über Siedlungen und die Stellungnahme unsrer Partei dazu. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden, nicht zu erlahmen in der Werbung neuer Mitglieder und neuer Abonnenten für die „Volksstimme" wurde die Versammlung geschlossen. —

Irxleben, 2. Juni. (Die Gemeindevertretung) beschloß in ihrer letzten Sitzung, für das Rechnungsjahr 1921 an Gemeindesteuern zu erheben: 800 % zur Gebäudesteuer, 1600 % zur Grundsteuer, 800 % zur Gewerbesteuer der Klasse IV und 2500 % der Klassen III, II und I. Zur Schaffung einer Volksbibliothek wurden erstmalig 500 Mark ausgeworfen. Die Schwesternstation soll eine Einrichtung der politischen Gemeinde werden. Die Kosten der Grundschule werden von der Gemeinde übernommen. Der Voranschlag wurde in Einnahme und Ausgabe auf 111 000 Mark festgesetzt. — Die Spielplatzfrage ist nun endlich erledigt. Der Sportplatz wird neben dem Anger angelegt werden. — Eine Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft ist in unserm Ort gegründet worden. Vorsitzender ist Landarbeiter Albert Tempel. —

Rogätz, 2. Juni. (Beim Baden ertrunken) ist der 8jährige Sohn des Arbeiters August Griesecke. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. Das Auffinden der Leiche ist durch das Anwachsen des Wassers der Elbe sehr schwierig. Mitteilung über das Auffinden der Kindesleiche nehmen die Eltern entgegen. Es ist das erste Opfer, das die Elbe in diesem Jahre gefordert hat. Im Jahre 1912 war die Forderung gestellt, eine Badegelegenheit für die Kinder zu schaffen, aber die damalige Gemeindevertretung war nicht dazu zu bewegen; es war angeblich kein Geld da. Jetzt müssen trotz der Ueberteurung Mittel und Wege geschaffen werden, um für die Kinder wenigstens das Baden ungefährlich zu machen. Die Eltern müssen jetzt ihre Kinder auf das Wachsen der Elbe aufmerksam machen und sie zur Vorsicht beim Baden ermahnen, damit weitere Unglücksfälle vermieden werden. — Leichenlandung. Mittwoch nachmittag wurde eine weibliche Leiche gelandet, die als die der 16jährigen Ella Maria Sagerer festgestellt wurde, die am Sonntag unterhalb der Winzerlingschen Badeanstalt in Magdeburg beim Baden ertrunken ist.

Kreis Kalbe.

Glöthe, 2. Juni. (Vermißt) wird seit Sonnabend den 28. Mai der 3 Jahre alte Fritz Rosenburg aus Glöthe, Kreis Kalbe. Bekleidet war das Kind mit weißem, leinenem Hemd, blauleinener Kniehose und weißgestreifter Matrosenbluse. Ferner trug es eine rot abgepaspelte Schürze und als Unterkleidung ein weißes Leibchen. Ein Schuh und ein weißer Wadenstrumpf wurden in der Nähe der Wohnung gefunden, so daß er nur noch einen Strumpf und einen Schuh anhaben kann. Hinter dem linken Ohre des Jungen befindet sich eine Operationsnarbe. Zweckdienliche Angaben erbittet Friedrich Rosenburg, Glöthe, Kreis Kalbe a. d. Saale. —

Altmark.

Salzwedel, 2. Juni. (Eine Greisin zermalmt.) Die 83jährige noch rüstige Frau Rodewald wurde an einem Bahnübergang von einem Zuge erfaßt und eine Strecke weit mitgeschleift. Der Körper der Greisin wurde bis zur Unkenntlichkeit zerfetzt. Die Schwerhörige hatte das Läutesignal der Lokomotive nicht gehört. —

Vereine und Versammlungen.

Mitteldeutscher Volkshochschulverband.

Der in der Osterwoche d. J. gegründete Verband hat durch seinen Geschäftsführer, Studienrat Dr. Köllner (Wernigerode), sofort die Arbeiten aufgenommen. Die erste Vorstandssitzung, die am 27. Mai in Magdeburg stattfand, und an der u. a. der Gewerkschaftssekretär Steinke (Magdeburg) als Mitglied teilnahm, beschäftigte sich in der Hauptsache mit weiteren vorbereitenden Arbeiten zur Erfassung der gesamten Volkshochschulen innerhalb des Wirkungsbereichs des Verbandes und den wichtigsten vorläufigen Aufgaben. Der Geschäftsführer Dr. Köllner erstattete den Bericht, aus dem zu ersehen war, daß sich noch ein großer Teil der bestehenden Volkshochschulen nicht angeschlossen hat. Zweifellos ist man sich mancherorts über den Zweck noch nicht klar und wird den Wert eines engen Zusammenschlusses erst erkennen, wenn die Praxis Erfolge zeitigt. Doch sollte man die Vorarbeiten nicht wenigen Volkshochschulen überlassen, um später nur die Früchte ernten zu brauchen, sondern sollte sich im eigensten Interesse sogleich daran beteiligen, um schneller vorwärts zu kommen. Vor allem müßten auch die Behörden den Verband durch Gewährung ausreichender Mittel in seinen Bestrebungen unterstützen. Diese fehlt leider bisher, weil man sich in den maßgeben-

den Stellen in Berlin anscheinend auf eine bestimmte Richtung festgelegt hat. Danach sollen nur die Volkshochschulen Unterstützung finden, die die Führerschule propagieren. In Mittelsachsen sowohl wie in Thüringen werden dagegen die Massenschulen gepredigt in der Erkenntnis, daß nicht nur Führer herangebildet werden sollen, sondern daß dem gesamten Volke Bildungsmöglichkeiten gegeben und vermittelt werden müssen. Diese letzte Ansicht scheint derjenigen des Kultusministeriums zuwiderzulaufen und wird deshalb schwer finanzielle Hilfe von dort zu erwarten sein. Der Verband wird jedoch bei den in Frage kommenden Behörden, vor allem in der Provinz Sachsen, nichts unversucht lassen, um von diesem zum Zwecke der Förderung der Allgemeininteressen Unterstützung zu erhalten. Fußend auf den guten Erfolgen der Volkshochschulbewegung in Thüringen, wird der Verband Mittelsachsen diese Entwicklung als Vorbild nehmen in dem Bewußtsein, daß dem Volksganzen in dieser Art am besten gedient ist. Der Verband wird in Magdeburg eine Beratungs- und Auskunftsstelle errichten, die auch einem Materialaustausch und schließlich auch einen Lehreraustausch in den Kreis ihrer Tätigkeit ziehen wird. Unterverbände werden gegründet werden, um deren Bedürfnisse im engern Kreise besprechen und regeln zu können. Der Vorstand war sich darüber klar, daß die Volkshochschule von unten herauf gestärkt werden müsse, und daß eine der wichtigsten Aufgabe der Volkshochschule in der Heranziehung der breiten Volksschichten bestehe. Die Volkshochschule Thüringen basiert auf dieser Grundlage und zählt heute bereits 100 Volkshochschulen mit rund 25 000 Teilnehmern zu ihren Anhängern. Thüringen leistet eine erstaunliche Volkshochschularbeit, die wiederum nur durch die gefüllten Kassen möglich ist. Nicht nur Behörden haben sich der Sache angenommen, sondern auch kapitalkräftige Firmen und Privatleute stellten ansehnliche Mittel zur Verfügung. Auch die Förderung der geistigen Bildung ist leider vom Gelde abhängig, deshalb kann der Verband Mittelsachsen heute nur recht spärlich arbeiten, da er nur mit den geringen Beiträgen der ihm angeschlossenen Volkshochschulen rechnen kann. Staat und Gemeinden müßten heute bereits erkannt haben, daß in der Volkshochschulbewegung, wie sie in Thüringen und Mittelsachsen betrieben wird, eine notwendige Kulturarbeit liegt, und daß diese der Gesamtheit weitgehendste Dienste leistet. Hoffentlich ist auch der Verband Mittelsachsen bald in der Lage, durch Unterstützung aus öffentlichen Mitteln seine Geschäftsführung und wichtigsten Verbandsaufgaben zu erfüllen, damit er sein großes Programm, das nicht zuletzt die Gründung eines Volkshochschulheims vorsieht, durchzuführen imstande ist. Erfreulich ist, daß in dieser Beziehung bereits die Stadt Magdeburg kürzlich beschlossen hat, die Interessen der hiesigen Volkshochschule dadurch zu fördern, daß sie einen jährlichen Zuschuß von 50 000 Mark bewilligte. —

Gewinn-Auszug
der
17. Preuß.-Südd. (243. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 18. Ziehungstag. 31. Mai 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 390 Mark gezogen.

2 zu 300000 M 85766
2 zu 30000 M 208049
2 zu 15000 M 115979
4 zu 10000 M 78025 180501
2 zu 5000 M 198554

96 zu 3000 M 5517 7351 17311 22060 33398 35474 38339 46855 52074 52884 58190 60873 72232 79126 88311 89543 99892 107894 108490 112922 117576 119618 121340 135293 137211 140063 142463 143045 150912 157043 157274 181209 181836 187428 189218 190767 194026 194555 207094 212228 214919 215216 217382 218600 227468 234999 235501 289150

182 zu 1000 M 12455 14362 15809 18018 20838 27934 30277 36094 36952 38750 40311 43941 44693 47869 49262 50969 51520 58004 58684 60127 62358 63159 65908 66464 66527 67081 74235 74582 76260 76763 77900 81335 81817 85230 91327 91545 92500 94446 95377 97095 103242 116807 120949 131409 132225 132284 135565 135574 139798 140698 143242 146549 149532 150290 153002 154903 155041 155154 159040 161265 162299 163074 166881 187262 192140 192329 192884 199467 199504 205136 206544 207599 208192 210519 211522 217751 218707 220694 220881 221306 226186 226194 226645 226727 226788 228771 231713 235262 238112 238243 238261

248 zu 500 M 540 7809 7962 8664 10149 14849 15391 23562 23891 25013 27636 30709 31987 34150 37755 44454 44566 45178 46183 52368 53333 53995 55869 60568 63352 64641 67073 67415 69629 73418 74776 75241 75573 75818 77625 78836 79280 79353 80481 81965 82087 82847 85410 87220 89154 94339 99229 101153 105091 103647 105037 107326 108524 109735 110525 110627 113919 115463 116452 118482 120458 125605 129481 130892 133758 136164 139039 139332 141636 145594 146117 151022 151343 157079 158254 159309 159348 159692 160839 161651 161802 161980 162260 162570 164056 167032 168588 170368 171081 172179 175135 177035 179851 180190 184342 184937 187309 193348 194010 194368 196345 197000 199666 201608 203717 204261 206119 207270 208013 213166 215663 219011 219711 222065 222820 224136 224453 224847 226212 226342 228234 228353 234268 237098

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 390 Mark gezogen.

12 zu 6000 M 16645 66782 68863 175158 203995 218007

100 zu 3000 M 4990 21981 27134 35448 38999 40102 50583 58405 65950 76376 78698 82421 86564 87206 95851 103553 105140 108416 109319 110279 113827 118066 120650 124057 132166 132791 134852 137589 145926 146047 148464 162830 162168 171682 184472 188176 188230 192252 194835 195128 202669 205981 217767 218363 226239 228227 229507 229659 233592 237567

194 zu 1000 M 2400 7028 8475 10465 11417 18066 19127 22375 27839 30108 30734 32482 34480 41772 44670 45682 45808 47864 48529 50017 51495 53102 57371 59006 60320 62096 62452 65065 65658 72404 72819 73276 77311 78778 79547 80084 80248 83025 83197 93571 93878 97943 98049 100925 103525 108100 108585 111713 112933 113403 115925 116706 117700 121371 122942 125204 129105 131831 135814 136986 141639 153057 155179 157010 158650 160351 163516 163652 166278 171186 173900 176230 179716 180639 183057 183536 190889 193600 194456 194676 196798 198265 198536 198769 199891 200153 201936 205336 210986 212589 216718 218869 224696 224931 230101 236041 238599

250 zu 300 M 1077 1474 6264 7919 8200 10850 14971 18696 20648 22022 23805 24050 25485 26824 29105 29116 31405 32022 32952 35197 37548 38038 39076 42202 45169 48764 56223 62640 64050 66412 68848 69218 69771 71188 75306 74303 77981 78238 79599 80413 81017 81956 86186 89034 91076 93779 94519 97283 103721 105806 110565 111588 114148 114850 117081 117359 120854 124575 125814 125418 128191 129123 132649 133222 133941 135001 136898 139966 140827 144446 148723 149345 157406 158390 161648 162456 162658 164270 165200 165449 167004 172154 172698 173244 173817 175447 175588 175618 177090 178135 178467 180617 182174 183568 189451 192441 195944 197712 198342 199770 200814 207979 212771 213122 215248 216285 221585 225789 229097 232497 231307 233654 235088 235076 237603

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 50 Pfg., aufgenommen.

Verband der Kupferschmiede. Am Sonnabend den 4. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung Kleine Klosterstraße 15/16. [209

Arbeiter-Radfahrerverein Vorwärts, Abt. Altstadt. Sonnabend den 4. Juni, abends 7½ Uhr, Versammlung bei Koppehl, Tischlerkrugstraße 28.

Turnverein Fichte, Abt. Altstadt. Sonnabend den 4. Juni, abends 7½ Uhr, Versammlung bei Lüchtefeld, Knochenhauerufer 27/28. [208

Turnverein Friesen (A. T.). Sonnabend den 4. Juni, abends pünktlich 8 Uhr, Versammlung in Westphals Restaurant, Morgenstraße 26. [203

Erster Alte Neustädter Ring- und Sportklub Germania. Jeden Mittwoch und Freitag abend ½8 Uhr Uebungsstunde in der Turnhalle Peter-Paul-Straße 31. [200

Magdeburger Fußballring Hansa. Freitag den 3. Juni, abends 8 Uhr, Monatsversammlung im Vereinslokal Altmärker Hof, Faßlochsberg 2. [212

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

	Elbe.		Fall	Wuchs
Pardubitz	1. 6.	— 0,80	0,6	—
Brandeis	„	— 0,34	0,04	—
Melnik	„	+ 0,36	0,09	—
Leitmeritz	„	+ 0,51	0,04	—
Aussig	2. 6.	—	—	—
Dresden	„	— 1,74	—	0,04
Torgau	„	— 0,02	—	0,12
Wittenberg	„	—	—	—
Roßlau	„	+ 0,40	0,05	—
Aken	1. 6.	+ 0,76	0,12	—
Barby	2. 6.	+ 0,92	0,16	—
Magdeburg	„	+ 0,80	0,10	—
Tangermünde	„	+ 1,59	—	0,16
Wittenberge	„	+ 0,99	—	0,14
Lenzen	1. 6.	+ 0,92	—	0,02
Dömitz	„	+ 0,31	—	0,01
Darchau	31. 5.	+ 0,20	—	—
Botzenburg	1. 6.	—	—	—
Hohnstorf	2. 6.	+ 0,36	—	0,01

Mulde.				
Düben	2. 6.	—	—	—
Saale.				
Grochlitz	2. 6.	+ 1,15	0,17	—
Trotha	„	+ 2,02	0,32	—
Bernburg Ktp.	„	+ 1,40	0,22	—
Kalbe Oberpegel	„	+ 1,70	0,03	—
Kalbe Unterpegel	„	+ 1,98	0,28	—
Grizehne	„	+ 1,08	0,25	—
Havel.				
Brandenburg Oberpegel	1. 6.	+ 2,02	—	—
Brandenburg Unterpegel	„	+ 0,76	—	0,02
Rathenow Oberpegel	„	+ 1,40	—	—
Rathenow Unterpegel	„	+ 0,13	—	0,02
Havelberg	„	+ 1,29	0,01	—

Wettervorhersage.

Freitag den 3. Juni: Wolkig, mäßig warm, zeitweise Regen, strichweise Gewitter.

Nur Freitag u. Sonnabend

Konkurrenzloses Angebot

Bettwäsche

1 Posten weiße Bettbezüge mit 2 Kissen komplett 78.00
1 Posten geblümte Bettbezüge mit 2 Kissen komplett 85.00
1 Posten Barchent-Bettlaken mit roter Kante Stück 59.00
1 Posten Bettlaken 160×200, aus Ia. Haustuch, ohne Naht 65.00
1 Post. Zwirn-Pilothosen eisenfeste Qualität 78.00

1 Posten Makohemden gebleicht Stück 27.50 24.50
1 Posten Einsatzhemden Stück 39.00 29.50
1 Post. Herren-Beinkleider Stück 14.50
1 Posten Unterröcke Stück 29.00
1 Post. Damen-Beinkleider Stück 19.75
1 Post. Barchent-Männer-Hemden Stück 39.00 35.00
Schürzen und Strümpfe erstaunlich billig

Ich bitte, den Vormittag für den Einkauf zu benutzen, weil infolge der so sehr billigen Preise am Nachmittag der Andrang sehr groß sein dürfte.

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe
Inhaber: Julius Schetzer 1775
Jakobstr. Nr. 8 — Ecke Petersberg

Terpentinöl-Ware in Dosen mit Banderole
In Dosen aller Grössen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.
Vertreter: Curt Schwerdtfeger, Magdeburg, Kantstr. 4, Telephon 2313

Trauer-
Hüte, Kleider, Blusen, Röcke, Schleier, Krepps, Flore und Handschuhe
in allen Preislagen u. größter Auswahl
Schnellste Massanfertigung
Lange & Münzer
Breiteweg 51/52 112

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die überaus reichen Kranzspenden beim Begräbnis meines lieben so plötzlich ums Leben gekommenen Sohnes 839

Karl König

sage ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. Dank auch für das zahlreiche Geleit dem Stadttheater-Personal, dem Gesangverein Freundschaftsbund, dem Jugendbund, dem Metallarbeiterverband, dem Sozialdemokratischen Verein und den Bewohnern der Häuser Langer Weg 61 und 62. Insbesondere Dank Herrn Pastor Littaun für seine trostreichen Worte am Grabe.

Magdeburg, den 1. Juni 1921.

Witwe Berta König nebst Kindern Ilse u. Ella.

Hohendodeleben.

Am Mittwoch den 1. Juni, nachmittags 1¼ Uhr, verschied sanft nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsre gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Emma Markowski geb. Ziske

im blühenden Alter von 32 Jahren.

Hohendodeleben, 1. Juni 1921.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Wilhelm Markowski und Sohn Arno. Eduard Ziske und Minna geb. Plümeke als Eltern und **Geschwister. Frau Markowski** als Schwiegermutter und **Schwägerin.**

Du warst so jung, du starbst zu früh,
Darum vergessen wir dich nie.

Die Beerdigung findet am Freitag nachm. 3 Uhr vom Trauerhaus aus statt. 851

Perfekten **Aloe u. Sisal-Spinner** suchen 847 **Meyer & Beckhusen** Magdeburg, Kaiserstr. 102.

Kola-Lezithin-Tabletten. 1779
Anregendes Kräftigungsmittel für Nerven und Körper.
Hof-Apotheke Breiteweg 158.

Umpressen, Umnähen von Hüten für Damen u. Herren schnell u. preiswert **Lina Badelt** Olvenstedter Straße 26 1745

Vorarbeiter der mit dem Aufladen und Vermessen von Hölzern vertraut ist, sofort gesucht. Angebote an **Kurt Schümann** Nutzholzhandlung Magdeburg-N. Lüneburger Straße 25. 1779

Feberbetten Fahrräder Drell-Militär-Sachen Schuhe Stiefel Wäsche aller Art zahlt am reellsten Fr. Schmiede. Franckestraße 9. 799

Hühnerküken verkauft 122 Teune, Hopfengarten, Cäcilienstraße.

Drahtgeflechte für Garteneinzäunung sofort billigst lieferbar. 15 2 H. Wilhelm, Kaiserstr. 40a.

Ausgekämmtes Frauenhaar kauft zu höchsten Tagespreisen 563 Dtsch. Frauenhaar-Sammlung Heydeckstraße 5.

Angestellte groß. Betriebe, auch Arbeiter, hohen, laufd. Nebenverdienst. Offerten u. B 838 a. d. Exped. der „Volksstimme" erb. 838

Gut erhalt. Kinderwagen zu verkaufen 12/ Müller, Werftstraße 20, II.

Fortrohr-Peitschen 18, 20, 25, 30 und 35 Mark, gedrehte Snigen 9 Mark das Stück. Peitschenfabrikation **Steyhansbrücke 7.** 800

Städtisches Arbeitsamt. Abteilung Berufsamt. Dienstgeb. Königstr., Zimmer 36. Sprechst.: Montag, Dienstag, Donnerstag u. Freitag, nachm. von 3 bis 5 Uhr. Gesucht werden: Weibliche Kochlehrlinge nicht unter 16 Jahren und Schneiderlehrlinge nach hier und auswärts. Vermittlung kostenlos.

Nähmaschine gut erhalten m. Garantie bill. zu verk. Michaelis, Roterebsstraße 32, v. pt. l. [845

Friseurlehrling sucht W. Gueinzius, Drakenstedt.

Tüchtige 1574 **Dachdeckergesellen** stellt sofort ein Karl Richard Steinbecher, Olvenstedter Straße 6.

Empfehle Freitag frisch: **Schellfisch, Kabeljau** 848 Pfund 1.20 Mark. Berta Weiß, Große Junkerstraße Nr. 8.

Zimmerleute werden sofort eingestellt. Blume & König, Am Fuchsberg Nr. 3b. 853

Fuhren aller Art erledigen sofort Blume Radler, Schönecker Str. 3. Telephon 5250 und 2475. [1770

Ft. Liköre Spezialität: **Eier-Likör** Ia. Weinbrand, Weinbrand-Verschnitt, franz. Kognak Rum- u. Arrak-Verschn. echten Steinhäger, Korn Nordhäuser, Obstbranntweine, diverse Süß-, Rhein-, Mosel- und Bordeauxweine Trauben- und Fruchtsekt Ia. Fruchtweine rein. Himbeersaft mit 60% Zuckergehalt empfiehlt zu Engrospreisen **A. Schiller Nchf.** Weinhandlung und Likörfabrik Große Münzstraße 11 1. Laden von Ecke Kaiserstr. — Fernruf 1213. — 1738

Händler! Privat! Offeriere Militär-Manchester-Pilot- **Hosen** 65 b. 115 120.— 60.— gute Verarbeitung, Ia. Qualität Frau Schmiede Handlung, Franckestr. 9 1768

Der Kommunismus Sein Wesen — sein Ziel — seine Wirtschaft. Von **Eduard Palyi** Mit einem Nachwort von Eduard Bernstein. **Preis 5 Mark.** **Buchhandlung Volksstimme** Große Münzstraße 3.

Konsum- und Sparsgenossenschaft für Gommern und Umgegend — E. G. m. b. H. —
Am Sonntag den 12. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Saale des Herrn Schmidt (Gasthof zur goldenen Sonne), Salzstraße 7,
Ordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht vom 1. Halbjahr des laufenden Geschäftsjahrs.
2. Wahl und Ersatzwahl der ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder.
3. Aenderung des § 31 Absatz 2 des Statuts.
4. Geschäftliches. 1571

Der Aufsichtsrat. J. A.: Friedrich Ebel, Vorsitzender.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch (Ringe, Ketten, Broschen, Uhrgeh., alte Münzen, Brennstifte usw.) kauft z. höchst. Preis A. Sänger Juwelier, Wilhelmstr. 17.

Zeugen 841 welche am Mittwoch, 25. Mai, d. Straßenbahnzusammenstoß am Rathaus gesehen haben, werd. höfl. gebeten, ihre Adresse in der Exped. d. „Volksstimme" abzug. Unkosten werd. vergütet.

Ehrenerklärung.

Die von uns ausgesprochene beleidigende Aeußerung über die Frauen Emilie Wolff, Marie Krause, Luise Block, Christian Koch und Hermann Dähne aus Eichenbarleben erklären wir für unwahr und nehmen sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Wilhelm und Willi Rulf, 842 Bornstedt.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Sohnes sage ich hiermit allen meinen innigsten Dank. Besondern Dank der Gemeindevertretung, den Kollegen und Kolleginnen vom Deutschen Landarbeiterverband sowie den Beamten und dem Chef der Firma C. M. Schaeper.

Wolmirsleben, 1. Juni.

Frau Witwe Emma Heinemann u. Kinder. [1569

Deutscher Transportarbeiterverband Verwaltung Magdeburg.

Nachruf.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Kollege

Walter Siefe

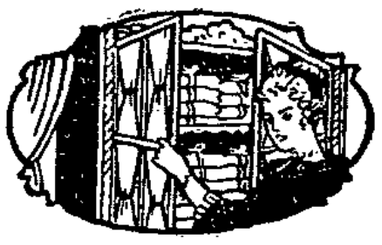
am 30. d. M. im Alter von 29 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Wohnlaube, 4×4 m groß, leicht transport., preiswert abzugeben. Hans Willi Böhlecke, Münchenhofstr. 1. 852

Kopfläuse samt Brut vernichtet Kosekt doppeltstark — geruchlos **Hofapotheke** 1768 Breiteweg 158.



Kasinotheater
Große Junkerstraße 12

Sensationelles Gastspiel des berühmten Psychologen

Hans de Werth

Experimente auf dem Gebiete des Seelenlebens muß jeder gesehen haben.

Express-Fahrräder

mit Patent-Hinterrad-Gabelenden und abnehmbar., umkehrbarer Lenkstange, der sicherste Schutz gegen — Fahrrad-Diebstahl. —

Panzer-Fahrräder

mit doppelter, federnder Sattel-Stütze. Müheloses Fahren unter Entlastung des hinteren Laufrades. Hervorragende Technik.

1645

Weitgehendste Garantie. Erstklassige Pneumatiks. Niedrigste Preise.

Richard Kruse Fahrradhaus „Neustadt" Lübecker Straße Nr. 103 (Haltestelle Fabrikenstraße).

Heinrich Casper

Breiteweg 133 Magdeburg Breiteweg 133

Das Haus für gediegene Herrenkleidung!

Nicht das Billigste zu bringen, sondern die besten Qualitäten zu heutigen billigsten Preisen zu verkaufen, ist mein Grundsatz.

In ungewöhnlich schöner und großer Auswahl biete ich an:

Herren-Anzüge aus hellen, ganz leichten Sommerstoffen hergestellt, entzückende Muster, vollkomm. Ersatz für Maß . 1100.00 1000.00 950.00 **890.00**

Herren-Anzüge in den neusten Farben, hell und dunkel, in den schicken neuen Formen . Mark 850.00 750.00 620.00 540.00 420.00 **360.00**

Herren-Anzüge in marineblau, ein- u. zweireihig, meine bekannte Spezialität f. Gesellschaft, Sport- und Rudervereine, nur feinste Fabrikate in prima Verarbeitung, in Kammgarn, Cheviot, Tuch, Melton Mark 900.00 825.00 750.00 690.00 525.00 **480.00**

Jünglings-Anzüge genau wie Herren-Anzüge gearb., in den neusten Sportformen, mit Umschlaghose, in braun, grün, grau, hell und gemustert Mark 580.00 510.00 460.00 420.00 370.00 **265.00**

1634

Covercoat-Schlüpfer der elegante Frühlingsmantel Mark 900.00 800.00 750.00 Mark 680.00 **550.00**

Cutaways und Westen in schwarz und marengo, feinster Ersatz für Maß, nach neustem Maßschnitt, auch für ganz schlanke und ganz dicke Figuren am Lager . . . . Mark 850.00 775.00 650.00 590.00 **460.00**

Hochelegante Beinkleider mit und ohne Umschlag, in schwarz und in neuen Streifen. Riesenauswahl . Mark 240.00 205.00 180.00 140.00 110.00 82.00 **65.00**

Knaben-Anzüge in blau u. farbig, entzückende Formen, Deig. Kieler Schlüpfer, Jacettform, Sportform, ganz auserlesene Qualitäten, Verkauf zu Reklamepreisen Mark 270.00 240.00 180.00 140.00 120.00 **105.00**

Herren-Waschanzüge — Joppen — Hosen

Lüsterjacketts, Lodenjoppen

Knaben-Waschanzüge — Blusen — Beinkleider

Riesenauswahl! — Enorm billig!

Heinrich Casper

Breiteweg 133 Magdeburg Breiteweg 133

M 170

ZL

Zirkus-Lichtspiele.

Das sehenswürdige Qualitätsprogramm

Zwei Klassefilme

Das Erbe der van Diemen

(Das geheimnisvolle Testament)

6 Akte, mit Edgar Licho, Melitta Ferrow, Maud Marion.

Kämpfende Herzen

(Die Vier um die Frau)

5 Akte, mit **Karola Toelle**, Ludwig Hartau, Paul Morgan, Anton Edthofer.

Beginn: Wochentags 5.30 Uhr. Sonntags 3 Uhr. Abendvorstellung: 8.30 Uhr.

Lichtschauspielhaus Panorama

166

Ab Freitag bis einschließlich Montag

Lotte Neumann
Joh. Riemann

Die drei Tanten

Filmlustspiel in 4 Aufzügen. Regie: **Rudolf Biebrach.**

Heinrich Peer
Karla Ferra
in

Das ausgeschnittene Gesicht

Detektiv-Abenteuer aus dem Artistenleben in 5 Akten. — Regie: **Franz Seitz.**

Beginn der Vorstellungen: Wochentags 3½ Uhr, Sonntags 3 Uhr —

Von Versailles zum Frieden

von Friedrich Stampfer

Preis Mark 5.00

— empfiehlt —

Buchhandlung Volksstimme

Große Münzstraße Nr. 3

Hofjäger

Täglich abends 7.30 Uhr: Gastspiel der berühmten Original-**Leipziger Fritz-Weber-Sänger**

Jeden Sonntag **Programmwechsel.** Nur noch heute und morgen die wunderbaren Schlagerposs. **Nr. 13, die Unglückszahl** 1750 und **Dergeprellte Salontiroler**

Vorverkauf der num. Plätze b. C. Ed. Voigtländer, Breiteweg 41, Ecke Königshof.

Im Garten Sonnt. nachmittag 4 Uhr Künstler-Konzert Außerdem Auftreten sämtlich. Herren der Leipziger Fritz-Weber-Sänger in ihren neust. Original-Vorträgen.

Gewerkschaftshaus Biederitz

Mühlenstraße 10.

Am Sonnabend den 4. Juni 1921

Stiftungsball

des Fußballklubs Halle 21

Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Alle Sportfreunde laden hierzu freundlichst ein 830

Der Vorstand. O. Hohenstein.

Freundschaft

Prälatenstraße. 1658 Prälatenstraße.

Täglich abends ½8 Uhr:

Leipziger Seidel-Sänger.

Das Eröffnungs-Programm: eine Sensation.

Vorverkauf der num. Plätze im Zigarrengeschäft von Carl Ed. Voigtländer, Breiteweg 41, Ecke Königshof.

Programmwechsel jeden Freitag.

Sonntag: Vorverkauf von 1 Uhr an in der „Freundschaft".

Fürstenhof-Prunksaal

7½ Uhr: Der große **Varieté-Spielplan!**

Willy Meibrydt in seinen wirkl. Schlagern

Sommer-Familie

Asra-Co. 117

Läpp und Habel

Die 4 Elemente Lichtvision

Ernest Scharff und weitere erstklassige Künstler.

Heute Freitag 7½ Uhr: Volks-Vorstellung.

Fürstenhof-Tunnel

Wochentags 8 Uhr Sonntags 4 Uhr und 8 Uhr:

Der rheinische Komiker Kurt Bienenstein 117

Lachen! Lachen! Lachen!

Städtische Theater.

Freitag den 3. Juni

Stadt-Theater.

8. Anrechtsabend

Die Gezeichneten

Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Viktoria-Theater.

Vorst. f. d. Gew.-Bd. d. Ang.

Pension Schöller.

Anfang 7¼ Uhr.

Stephanshallen

Magdeburgs Volkstheater.

Das Schloß am Meer oder Des Meeres u. der Liebe Wellen, Schausp. in 4 Akten v. Oskar Walter.

Kassenöffn. 7 U., Anf. 8 Uhr.

7 bis 8 Uhr u. in d. Zwischenpausen **Konzert** der Hauskapelle bei kleinen Preisen.

Reichhalt. kräft. Mittags- u. Abendtisch à 2.25 Mk. **Gast- und Logierhaus Alte Rose,** Schwertfegerstr. 22 [481

Fieberthermometer für Ärzte, Hygienetiker, Pfeifenreiniger fertigt kul. G. Ch. Schmidt, Glasbläserei, Guerickestr. 2. 1511

Uhren werden sauber und preiswert repariert. 1520 Otto Müller, Uhrmacher, Alte Neustadt, Heinrichstraße 41.

Offeriere 834 Freitag und Sonnabend **prima fettes Hammelfleisch** Pfund 7 u. 8 Mk. **Fleischerei E. Schmidt** Martinstr. 19.

Gute

Unter- u. Ober-Wäsche

kauft man am billigsten im neuen Geschäft

Netzhemden	13.50
Makohemden	29.50
Makohosen	22.50
Unterhosen	15.00
Einsatzhemden	54.50
Bunte Garnituren	68.00
Damenschlüpfer	18.00

Schwertfegerhaus Schwertfegerstr. 13

Geschäft u. Hell-Verkauf — sofort geschlossen — Freitag bis 3 Uhr an und Sonnabend. — Fleisch billiger — 813 Marcusson, Margarethenstraße 4, 4 Tr.

Opernterte empfiehlt Buchhandl. Volksstimme.

Wir geben ab aus Reichsbeständen billige Bekleidungsstücke für Männer, Frauen und Kinder, darunter: **Schwarze Militärhosen,** Röcke, Sommerjacken, Unterröcke, Strümpfe, Mützen, Stiefel, Schnürstiefel, Gummistiefel, Schürzen usw., ferner einen Reichsposten Bekleidungsstoffe. **Bekleidungsamt, Gintenbergstraße 17.** Verkauf täglich 9—1 und 3—5 Uhr. 1572

Royal Kaffeehaus Kleinbahnhof Tägl. ab 4 Uhr nachm. **Kaffee-Konzert** 1724 — Abends 8 Uhr — Das gediegene **Juni-Programm.**

Walhalla Lichtspiele

Ab Freitag den 3. Juni

Harry Piel

in dem großen Abenteurer-Sensationsfilm

DAS FLIEGENDE AUTO

Abenteuer eines Vielgesuchten. 6 Akte! 6 Akte!

Ferner: 1713

Leichtsinn und Pflicht

die Geschichte einer Ehe 4 Akte! 4 Akte!

In den Hauptrollen:

Arthur Wellin — Klärg Lotto
Walter Wolfgrum — Olga Engl.

Spielzeit: Wochentags von 6 bis 10.45, Sonntags von 3 bis 10.45 Uhr. 1713

ZENTRAL-THEATER

Täglich 7 Uhr

Die blaue Mazur

Sonntag nachm. 3 Uhr ungekürzte Vorstellung in Premierenbesetzung bei kleinen Preisen.

Zentraltheater-Restaurant

Bunte Bühne

Täglich 8 Uhr

Das glänzende Juniprogramm.

Terrasse

Täglich

2 Konzerte 2

4 bis 7 Uhr bei freiem Eintritt und 8 bis 11 Uhr 136

Kammer-Lichtspiele.

Ab Freitag bis einschl. Montag

Asta Nielsen

in

Graf Sylvains Rache

5 Akte, nach dem Roman von Karin Michaelis Regie Willi Grunewald

Der große 12aktige Sensationsfilm

Die Brigantin von Costiliza

6 1. Teil 6

spannende Akte

Regie Toni Attenberger

Der 2. Teil gelangt in der nächsten Woche zur Vorführung

Beginn der Vorstellung wochentags 3½ Uhr, Sonntags 3 Uhr

Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr **große Frühvorstellung**